

❁J. publ. G.❁

240

m

J. publ. G.
240 m

Fürstenaue

<36632026710013

S

<36632026710013

Bayer. Staatsbibliothek

© Begriff und Entwicklung
der
Religionsfreiheit in Deutschland

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde des Doktors beider Rechte
von der juristischen Facultät

der

Königl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

genehmigt

und zugleich mit den angehängten Thesen öffentlich zu vertheidigen
am 29. Juni 1889 um 12 Uhr

von

HERMANN FÜRSTENAU.

Kammergerichts-Referendar.

Opponenten:

Herr R. Huber, Kammergerichts-Referendar,
» A. Kurlbaum, stud. jur.
» A. Rötger, Kammergerichts-Referendar.

BERLIN 1889.

Druck von Martin Oldenbourg, Adler-Straße 5.



Vorliegende Dissertation bildet die erste Hälfte einer Abhandlung desselben Titels, welche der juristischen Facultät vollständig zur Beurtheilung vorgelegen hat. Da ich die zweite Hälfte der Arbeit, welche die Zeit vom Westfälischen Frieden bis zur Gegenwart behandelt, noch zu vervollständigen wünsche, so ist mit Genehmigung der juristischen Facultät nur die erste Hälfte als Dissertation gedruckt worden. Die vollständige Abhandlung wird binnen Jahresfrist erscheinen.

1870



Begriff und Entwicklung der Religionsfreiheit in Deutschland.

§ 1. Einleitung. *)

Der Begriff, welchen man in Deutschland mit dem durch das Wort »Religionsfreiheit« bezeichneten Rechte verbindet, hat je nach der geschichtlichen Entwicklung im Laufe der Jahrhunderte mehrfach gewechselt und ist auch jetzt noch, obgleich die Religionsfreiheit in Deutschland ein allgemein anerkanntes, gesetzlich gewährleistetes Recht ist, keineswegs überall derselbe. Es ergibt sich dies schon daraus, dass man zur Bezeichnung dieses Rechtes, ohne einen wesentlichen Unterschied zu machen, häufig die anderen Ausdrücke: »Glaubensfreiheit«, »Gewissensfreiheit«, »Bekenntnisfreiheit« gebraucht, obwohl dieselben in Wirklichkeit ganz verschiedener Bedeutung sind, ja zum Theil nicht einmal als ein Recht im eigentlichen Sinne angesehen werden können.

*) Bluntschli »Geschichte des Rechtes der religiösen Bekenntnissfreiheit«. Ein Vortrag. 1867 in dessen »Gesammelte Kleine Schriften«. Bd. I. 1879. S. 101 ff.

Bluntschli Deutsches Staats-Wörterbuch. 1857. Bd. I S. 767 ff. u. d. Art. Bekenntnissfreiheit verfasst von Risch. Bd. V. S. 567 ff. u. d. Art. Kirchenhoheit verfasst von Bluntschli.

Herzog Encyclopädie der protestantischen Theologie. (Alte Ausgabe) 1854. Bd. III. S. 537 ff. u. d. Art. Duldung verfasst von Jacobson.

Wilda »Erörterungen und Betrachtungen über Gewissensfreiheit« in Zeitschrift für deutsches Recht. Bd. XI. S. 161 ff. Bluntschli Allgemeines Staatsrecht 6. Auflage, durchgesehen von E. Loening. Stuttgart 1885. VI. Buch. Kap. I—VII.

So ist der Ausdruck »Glaubensfreiheit«, insofern er ein Recht bezeichnen soll, völlig unzutreffend, da der Glaube, als etwas rein Innerliches, nach aussen hin nicht wahrnehmbar wird und infolgedessen dem Rechtsgebiete, welchem nur das in die äussere Erscheinung Tretende angehören kann, entzogen ist. Ein äusserer Zwang gegen einen Glauben ist somit unmöglich; er ist schon durch sein ganzes Wesen frei, so dass Glaubensfreiheit kein besonderes Recht des Menschen sein kann.

Ist auch gegen das Gewissen, als gegen etwas Innerliches, nämlich das vernünftige Selbstbewusstsein im Menschen¹⁾, ein direkter, äusserer Zwang unmöglich²⁾, so ist es doch nicht in dem Maasse, wie der Glaube, allen äusseren Einwirkungen entzogen, da ein Zwang zur Theilnahme an einer Handlung, welche man missbilligt, indirekt ohne Zweifel einen Eingriff in die Freiheit des Gewissens enthält. Man kann daher sehr wohl auch die Gewissensfreiheit als einen Rechtsbegriff in dem Sinne aufstellen, dass man darunter versteht die Befreiung von allem Zwang zu religiösen Handlungen, welche man aus religiösen Gründen missbilligt, und die Freiheit persönlich unbeeinträchtigt seinen religiösen Ueberzeugungen zu leben, sofern dieselben nicht durch eine Bethätigung nach aussen hin hervortreten³⁾.

1) Jacobson in Herzog Encyclopädie u. d. Art. Duldung Bd. III. S. 537.

2) Risch in Bluntschli Staats-Wörterbuch u. d. Art. Bekenntnissfreiheit Bd. I. S. 767.

3) In dieser Weise fasste das preussische Religionsedikt von 1788 die Gewissensfreiheit auf, indem es darin hiess: es solle die in den preussischen Staaten von jeher eigenthümlich gewesene Toleranz der übrigen Secten und Religionsparteien ferner aufrecht erhalten und Niemanden der mindeste Gewissenszwang zu keiner Zeit angethan werden, so lange ein jeder ruhig als ein guter Bürger des Staats seine Pflichten erfüllt, seine jedesmalige besondere Meinung aber für sich behält, und sich sorgfältig hütet, solche nicht auszubreiten oder andere dazu zu überreden und ihren Glauben wankend zu machen. Wilda in Zeitschr. f. D. R. XI. S. 146.

Hinsichtlich des dritten Ausdruckes »Bekenntnisfreiheit« ist zu bemerken, dass das Bekenntnis, da es in die äussere Erscheinung tritt, unzweifelhaft in die Sphäre des Rechtes fällt und darum jedem direkten Zwange zugänglich ist. Bekenntnisfreiheit wird man nun zu bestimmen haben als das Recht des Menschen seine religiöse Ueberzeugung frei zu äussern⁴⁾, ohne infolgedessen irgendwelche Nachtheile besorgen zu müssen. Es ist dies also lediglich ein Recht des einzelnen Menschen, welches nur ihm persönlich zusteht und nicht weiter geht, als der Kreis seiner persönlichen Rechte reicht. In diesen kann er kraft jenes Rechtes verlangen nicht beeinträchtigt zu werden.

Nicht so einfach ist es, die Bedeutung der wichtigsten und umfassendsten Bezeichnung, die des Wortes »Religionsfreiheit« zu erörtern. Die Religionsfreiheit umfasst zwei von einander verschiedene Rechte:

1. Die Bekenntnisfreiheit der Einzelnen in dem soeben besprochenen Sinne, die »individuelle Religionsfreiheit«⁵⁾, erweitert um das Recht sich mit anderen zur Bildung religiöser Gemeinschaften zu vereinigen. Dieses Recht kann freilich bereits in der Bekenntnisfreiheit enthalten sein, insofern es nämlich aus einem allgemeinen Vereinsrechte der Staatsbürger her stammt und damit zu den durch das Recht der Bekenntnisfreiheit gewährleisteten Rechten der Einzelnen gehört, wenn es auch nicht nothwendig darin enthalten sein muss.

2. Das Recht der Religionsgemeinschaften als solcher, vollkommen frei, ohne irgend welche fremde Einmischung, ihre religiösen Angelegenheiten zu ordnen.

Ein derartiges Recht in seinem vollen Umfange wäre nur denkbar, wenn der Staat auf alle diejenigen Rechte, welche aus der Kirchenhoheit fliessen, verzichtete und sich nur darauf

⁴⁾ Risch a. a. O. S. 767. Bluntschli Allgemeines Staatsrecht. S. 378 ff.

⁵⁾ Bluntschli Allgemeines Staatsrecht. S. 378.

beschränkte, direkte Verletzungen der Staatsgesetze seitens der Religionsgemeinschaften zu ahnden, mit andern Worten, wenn der Staat alle Religionsgemeinschaften nur als Secten betrachtete und somit die Trennung von Staat und Kirche zu seinem Grundsatz machte.

Wenn nun hier der Versuch gemacht worden ist, die eigentliche Bedeutung jener genannten Ausdrücke festzustellen, so darf man doch diese Wortbedeutung nicht mit der geschichtlich erwachsenen verwechseln, welche von jener durchaus verschieden ist. Bei der langen Entwicklung, welche der Begriff »Religionsfreiheit« besonders in Deutschland durchgemacht hat, hat er, wie wir im weiteren Verlaufe der Untersuchung sehen werden, seine Bedeutung stetig geändert, und auch diejenige, welche ihm jetzt nach den bestehenden Gesetzen beizulegen ist, deckt sich keineswegs mit der oben aufgestellten. Das Gleiche gilt von den anderen Ausdrücken, welche im Leben häufig gleichbedeutend mit Religionsfreiheit gebraucht werden.⁶⁾ Es lässt sich dieser Begriff daher nur an der Hand der historischen Darlegung geben, und es soll in der folgenden Darstellung der Entwicklung der Religionsfreiheit jedesmal am Schluss eines jeden für dieselbe bedeutsamen Zeitraumes angegeben werden, welche Bedeutung man diesem Begriffe zu derselben Zeit beigelegt hat.

Untersuchen wir zunächst, unter welchen Verhältnissen überhaupt eine Anerkennung der Religionsfreiheit durch den Staat möglich war, so ergibt sich Folgendes:

Im klassischen Alterthum war eine solche undenkbar, denn in allen antiken Staaten war die Religion reine Staatssache; eine Verletzung der religiösen Vorschriften war zugleich eine Verletzung der Staatsgesetze, welche eine Bestrafung seitens des Staates hervorrief. Erst durch das Christenthum kamen andere Ideen auf. Wie Christus selbst wiederholt darauf hin-

⁶⁾ S. z. B. Wilda a. a. O. S. 163.

gewiesen hatte, dass das Gebiet des Staates und der Religion ein völlig verschiedenes, und dass jeder Zwang in Bezug auf die Religion zu verwerfen sei⁷⁾, so wurde in der folgenden Zeit dieser Gedanke, dass die Religion für die Einzelnen Sache des Gewissens sei, und dass dieses keinem Zwange seitens des Staates unterworfen werden dürfe, von den Christen bei allen Verfolgungen festgehalten und von den Kirchenvätern, wie Tertullian und Lactantius, weiter ausgeführt⁸⁾. Sobald aber die römischen Kaiser selbst zum Christenthum übergetreten waren, änderten sich diese von den Christen bis dahin verfochtenen Grundsätze völlig. Von da an riefen vielmehr die verschiedenen christlichen Parteien selbst die Hülfe der Kaiser in ihren Kämpfen gegen einander an. Je nachdem nun der Kaiser sich der einen oder anderen Partei zuneigte, verfolgte er alle diejenigen, welche von der im Augenblicke gerade begünstigten Lehre abwichen.

So richteten sich, nachdem die Katholiken im byzantinischen Reiche endgültig den Sieg über die Arianer davon ge-

7) Ev. Matth. 22, 21: »So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist«.

Ev. Johannis 4, 24: »Gott ist ein Geist, und die ihn anbeten, die müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten«.

Ev. Johannis 18, 36: »Mein Reich ist nicht von dieser Welt«.

8) Tertullianus ad Scapulam p. 498. (ed. Bas. 1591) (in einem Briefe an den Kaiser Severus):

». . . humani iuris et naturalis potestatis est, unicuique quod putaverit colere, nec alii obest aut prodest alterius religio. sed nec religionis est cogere religionem, quae sponte suscipi debet, nec vi, cum et hostiae ab animo libenti expostulentur. Ita et si nos compuleritis ad sacrificandum nihil praestavistis diis vestris, ab invitis enim sacrificia non desiderabunt, nisi contentiosi sunt, contentiosus autem Deus non est etc.

Lactantii epitome c. 54.

»Religio sola est, in qua libertas domicilium collocavit. Res est enim praeter ceteras voluntaria nec imponi cuiquam necessitas potest, ut colat, quod non vult. Potest aliquis forsitan simulare, non potest velle«.

tragen hatten, zahlreiche Erlasse der Kaiser gegen diejenigen, welche sich nicht zu der von ihnen als rechtgläubig angenommenen katholischen Kirche bekannten⁹⁾. Von grosser Bedeutung für diese Entwicklung der Dinge war der Einfluss des heil. Augustinus, welcher den Satz aufstellte: »Dem herrschenden Irrthum gegenüber ist die Bekenntnisfreiheit, der herrschenden Wahrheit gegenüber ist der Bekenntniszwang gerecht«¹⁰⁾. Diese Lehre, die in der abendländischen, wie in der morgenländischen Kirche anerkannt wurde, fand im Mittelalter ihre weitere Ausbildung und steigerte sich zu der Billigung der äussersten Gewaltmassregeln. Denn während Augustinus noch wenigstens das Leben der Andersgläubigen hatte geschont wissen wollen, kam man jetzt allgemein dazu, als Strafe für die Ketzerei den Feuertod festzusetzen. Der mittelalterliche Staat stellte zur Ausführung der furchtbaren Strafandrohungen der Kirche gegen die Ketzer willig seinen weltlichen Arm zur Verfügung und erliess Gesetze, durch welche er auch seinerseits Strafen gegen die Ketzerei festsetzte¹¹⁾. Dieser Zustand dauerte während des ganzen Mittelalters und veranlasste die grausamsten Verfolgungen gegen diejenigen, welche in irgend einer Weise von der Lehre der römisch-katholischen, der »alleinseligmachenden« Kirche abwichen. Noch die 1507 verfasste Bamberger Halsgerichtsordnung setzte gegen alle Ketzer die Strafe des Feuertodes fest^{11a)}.

⁹⁾ Tit. Cod. Iustin. I. 5.

¹⁰⁾ Bluntschli Ges. Kl. Schriften I. S. 105. Eine Kritik der Lehre des heil. Augustinus, bei Bluntschli Allgem. Staatsrecht S. 391 ff.

¹¹⁾ Constitutionen Friedrichs II. von 1220, 1232, 1238.

»Haeretici vivi in conspectu hominum cumburantur flammis commissi iudicio, ut animarum incendia patiantur et infernum hac vita ad huc subeant«.

Sachsenspiegel II. 13. 4. 7. »Svelk kersten man oder wif ungelovich ist, unde mit tovere umme gat oder mit vergiftnisse, unde des verwunnen wird, den soll man uppehört brenen.« (s. Bluntschli Deutsch. Staatswörterb. Bd. I. S. 770).

^{11a)} Bamberger Halsgerichtsordnung Art. 130: »Wer durch den or-

Einen vollkommenen, wenn auch nur sehr allmählichen Umschwung führte in dieser Hinsicht die Reformation herbei. Luther war der erste, der wieder die Verschiedenheit des staatlichen und des religiösen Gebietes hervorhob und die Berechtigung eines jeden Menschen in seinem Verhältnisse zu Gott nach seiner Ueberzeugung zu leben vertheidigte¹²⁾. Aber auch Luther vermochte noch keineswegs sich von den Anschauungen seiner Zeit völlig loszumachen, sondern er selbst rief wohl noch die Hülfe des weltlichen Regiments »gegen die Ketzer und Rottengeister« an. Weit weniger noch als Luther sagten sich die anderen Reformatoren, wie Melanchthon, Calvin, Beza von dem Grundsätze des Religionszwanges los. Liess

»dentlichen geistlichen Richter für einen Ketzer erkannt, und dafür dem
»weltlichen Richter geantwortet wurde, der sol mit dem feuer vom leben
»zum tode gestrafft werden«.

¹²⁾ Luther: Tractat von der Beichte, ob die der Papst Macht habe zu gebieten. (s. Wilda a. a. O. S. 174):

»Denn in dem Gewissen will Gott allein sein, und sein Wort allein
»regieren lassen; da soll Freiheit sein von allen Menschengesetzen. —
»Zu dem Glauben kann und soll man Niemand zwingen, sondern Jeder-
»mann vorhalten das Evangelium und vermahnen zum Glauben, doch
»den freien Willen lassen zu folgen oder nicht zu folgen. Es sollen
»alle Sakramente frei sein Jedermann. Wer nicht getauft sein will, der
»lass es anstehen. Wer nicht will das Sakrament empfangen, hat sein
»wohl Macht. Wer nicht beichten will, hat sein auch Macht vor Gott«.

Luther: Von weltlicher Obrigkeit (1523): »Das weltlich Regiment
»hat Gesetz, die sich nicht weiter erstrecken denn über Leib und Gut
»und was äusserlich ist auf Erden. Denn über die Seele will und kann
»Gott Niemand lassen regieren, denn sich selbst allein. Darum ob welt-
»lich Gewalt sich vermisst, der Seelen Gesetz zu geben, da greift sie
»Gott in sein Regiment und verführt und verderbt nur die Seelen. Gott
»allein erkennt nur die Herzen, darum ist es unmöglich und umsonst
»Jemanden zu gebieten oder mit Gewalt zu zwingen, so oder so zu
»glauben. Weil es denn Jeglichem auf sein Gewissen liegt, wie er
»glaubt oder nicht glaubt, und damit der weltlichen Gewalt kein Ab-
»bruch geschieht, soll sie auch zufrieden sein und ihres Dinges warten
»und lassen glauben so oder so, wie man kann und will und Niemanden
»mit Gewalt dringen. Denn es ist ein frei Werk um den Glauben, dazu
»man Niemand kann zwingen«.

doch Calvin in Genf Michael Servet verbrennen, weil er die Dreieinigkeit Gottes leugnete, und Melanchthon, sowie Beza billigten ausdrücklich sein Verfahren. Wie dem aber auch sein mag, jedenfalls hat Luther erst wieder den Grund gelegt, auf dem sich die Religionsfreiheit entwickeln konnte, indem er auf die innerliche Natur der Religion hinwies, in deren Wesen es liege durch geistige Mittel, nicht aber durch äusseren Zwang die Gemüther für sich zu gewinnen. Auf dieser von Luther geschaffenen Grundlage entstand in Deutschland im Laufe der Jahrhunderte in sehr langsamer und allmählicher, aber, trotz mannichfacher Rückschläge, stetig fortschreitender Entwicklung der heutige Begriff der Religionsfreiheit. Für eine Darstellung dieser Entwicklung ergibt sich als natürlicher Ausgangspunkt das Wormser Edict vom Jahre 1521, in welchem noch einmal die mittelalterliche Anschauung, dass jede Abweichung von der römisch-katholischen Kirche den Ausschluss nicht nur von aller kirchlichen, sondern auch aller weltlichen Gemeinschaft zur Folge haben müsse, in voller Schärfe zum Ausdruck kam. —

Die Entwicklung selbst aber ging innerhalb folgender Zeitabschnitte vor sich:

- I. Vom Wormser Edicte (1521) bis zum Augsburger Religionsfrieden (1555) einschliesslich.
 - II. Vom Augsburger Religionsfrieden (1555) bis zum Westfälischen Frieden (1648) einschliesslich.
 - III. Vom Westfälischen Frieden (1648) bis zur Auflösung des Deutschen Reichs (1806).
 - IV. Zeit des Rheinbundes (1806—1813).
 - V. Zeit des Wiener Congresses (1814 und 1815).
 - VI. Vom Wiener Congress (1815) bis zum Jahre 1848.
 - VII. Vom Jahre 1848 bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes (1866).
 - VIII. Von der Gründung des Norddeutschen Bundes (1866) ab.
-

Kapitel I.

Entwicklung der Religionsfreiheit während der Zeit vom Wormser Edict v. J. 1521 bis zum Augsburger Religionsfrieden v. J. 1555 einschliesslich *).

§ 2. Die Zeit von 1521—1555 zerfällt nach den von den Protestanten erstrebten Rechten in drei scharf von einander getrennte Perioden.

Das Ende einer jeden dieser Perioden wird jedesmal durch das Zugeständniss der während derselben angestrebten Rechte bezeichnet.

So erhielten

1. Im Nürnberger Religionsfrieden vom Jahre 1532 die zum Schmalkaldischen Bunde gehörigen Protestanten zuerst eine rechtlich gesicherte Existenz, wenn auch nur für eine bestimmte Zeit, nämlich bis zur Abhaltung eines allgemeinen Conciliums.

2. Durch den Reichsabschied von Speyer vom Jahre 1544 erreichten sie die Ausdehnung des Nürnberger Religionsfriedens von jener nur beschränkten Anzahl auf alle unterdessen zum Protestantismus übergetretenen Reichsstände, und es wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, an der Besetzung des Reichskammergerichts theilzunehmen.

3. Der Augsburger Religionsfriede vom Jahre 1555 endlich beseitigte die dem Nürnberger Religionsfrieden und allen

*) L. v. Ranke Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. 5 Bde.

K. F. Eichhorn Grundsätze des Kirchenrechts. Göttingen 1831. Bd. I. S. 233 ff.

Richter-Dove Kirchenrecht. S. 158 ff.

Ditterich: Primae Lineae Iuris Publici Ecclesiastici. Argentinae. 1778. S. 242.

Neue Sammlung der Reichabschiede. Frankfurt a. M. 1747. Th. II. und III.

folgenden Reichsabschieden beigefügte Bedingung, dass alle Zugeständnisse nur bis zur Abhaltung eines Conciliums gelten sollten, und machte damit die bisherigen den Protestanten nur provisorisch gegebenen Zusagen zu definitiven.

Abschnitt 1.

**Bis zum Nürnberger Religionsfrieden
vom Jahre 1532.**

Schon vor der Berufung Luthers nach Worms im Jahre 1521 hatten die dort zur Abhaltung des Reichstages versammelten Fürsten, als Kaiser Karl V. ihnen den Entwurf eines Edictes zum Zwecke der Ausführung der päpstlichen Bannbulle gegen Luther vorlegte, beschlossen, mit ihm, auch wenn er seine über die kirchliche Verfassung ausgesprochenen Meinungen nicht widerriefe, glimpflich zu verfahren. Halte er aber auch an den Meinungen, welche er wider die Lehre und den Glauben, »den sie, ihre Väter und Vorältern bisher gehalten« ausgesprochen habe, fest, so wollten sie in das kaiserliche Mandat willigen. Da nun Luther bei seinem Verhöre nichts widerrief, so konnte der Kaiser sich auf diesen Beschluss berufen und damit in Ausführung der päpstlichen Bannbulle die Erklärung der Acht gegen Luther herbeiführen. Er that dies aber doch erst, nachdem bereits ein grosser Theil der Fürsten abgereist war, weil er den Widerspruch derjenigen, welche Luther geneigt waren, fürchtete.

Am 25. Mai 1521 liess der Kaiser das von einem der päpstlichen Nuntien verfasste Edict ganz unerwartet den zufällig in der kaiserlichen Behausung anwesenden Fürsten mittheilen. Mit Rücksicht auf jenen älteren Beschluss konnten sie im Augenblicke nicht widersprechen. Ohne dass dann noch eine weitere Berathung des Edictes durch die Fürsten stattgefunden hatte, unterzeichnete es der Kaiser am 26. Mai 1521. In diesem Edict wurde Luther als »ein von der Kirche Gottes« abgehauenes Glied mit allen seinen Anhängern, Gönnern und

»Freunden in die Acht und Aberacht erklärt«¹⁾. Dieses Edict schien nun für die folgende Zeit jede freiere Regung unmöglich zu machen und dem Katholizismus endgültig den Sieg verschafft zu haben.

Dem war jedoch nicht so. Denn wenn das Wormser Edict auch ein allgemein verbindliches Reichsgesetz war, so kam doch alles darauf an, wie sich die Territorialgewalten dazu verhalten, ob sie es zur Durchführung bringen würden. Dies geschah in der That nicht, denn da in einem grossen Theile der Territorien die Lehren Luthers im Volke bereits feste Wurzeln geschlagen hatten, so liessen die Obrigkeiten der neuen Lehre freien Lauf, ohne sich jedoch selbstthätig an dem Reformationswerke zu betheiligen.

Allmählich machte sich auch in der obersten Leitung der Reichsgeschäfte, welche in Abwesenheit des Kaisers von einem durch die Stände bestellten Reichsregimente geführt wurde, eine Strömung zu Gunsten der neuen Lehre geltend. Schon im Jahre 1523 lehnten die Stände, auf ein Gutachten des Reichsregimentes hin, wenn auch nicht mit klaren Worten, so doch dem Sinne nach, die Aufforderung des Papstes, das Wormser Edict zur Ausführung zu bringen, ab; sie forderten vielmehr in der an den Papst gerichteten Antwort die schleunige Einberufung eines Conciliums, womöglich binnen eines Jahres, in einer deutschen Stadt, unter Mitwirkung des Kaisers. In der Zwischenzeit solle nichts gelehrt werden, als das rechte, reine, lautere Evangelium, gütig, sanftmüthig und christlich, nach der Lehre und Auslegung der bewährten und von der christlichen Kirche angenommenen Schriften. Ausdrücklich hatte man bei der Berathung den Vorschlag der Geistlichen abgelehnt, auf die Kirchenväter Hieronymus, Augustin, Ambrosius und Gregor zu diesem Zwecke zu verweisen²⁾. Die so festgesetzte Bestimmung war zwar dunkel, aber sie zeigte doch eine ganz

1) v. Ranke a. a. O. I. S. 488.

2) v. Ranke a. a. O. II. S. 54—63.

unverkennbare Hinneigung zur evangelischen Lehre. Die Antwort wurde dem päpstlichen Nuntius übergeben, und ihr Inhalt als kaiserliches Edict im Reiche verkündigt, so dass damit eigentlich die über Luthers Lehre ausgesprochene Verurtheilung zurückgenommen war.

Noch deutlicher trat die Hinneigung zu den evangelischen Lehren auf dem Reichstage zu Nürnberg vom Jahre 1524 hervor. Denn hier erklärten sich auf die nunmehr auch vom Kaiser wiederholt ergangene Aufforderung, das Wormser Edict zur Ausführung zu bringen, die Stände zwar für verpflichtet dem nachzukommen, fügten aber die vieldeutige Klausel hinzu, »soviel ihnen möglich« sei³⁾.

Dies liess den allerweitesten Auslegungen Raum und war um so bedeutsamer, als die Reichsstädte bei den Verhandlungen erklärt hatten, eine Durchführung des Wormser Edictes sei unmöglich. Auch die Forderung ein Concilium abzuhalten und die Bestimmung, »dass mittlerzeit das heilig Evangelium »und Gottes Wort, nach rechtem wahren Verstand und Auslegung der von gemeinen Kirchen angenommenen Lehrer, »ohn Aufbruch und Aergerniss gepredigt und gelehrt werde«⁴⁾, erneuerte man.

Ein weiterer, sehr wichtiger Beschluss, noch im laufenden Jahre eine Versammlung der Stände zu Speyer zu halten, um

³⁾ R. A. von Nürnberg 1524. (Neue Samml. der R. A. II. S. 258.) § 28: »Auch derhalben Unser Ansinnen und Begehren abermahls gestalt, dass ein jeder Churfürst, Fürst, Prälat, Graff und Stand für sich selbst, auch bey seinen Unterthanen daran und obseyn wolt, damit solchem Unserm zu Wormbs ausgangen Mandat nachmahls gehorsamlich gelebt werde. Demnach auf solch Unser Gesinnen und Begehren haben sich Unser und des Heil. Reichs Churfürsten, Fürsten, Prälaten, Graffen und gemeine Stände, als gehorsame Glieder des Heil. Reichs vereinigt und beschlossen, demselbigen Unserm Mandat gehorsamlich, wie sich dess schuldig erkennen, soviel ihnen möglich, zu leben, gemäss zu halten und nachzukommen«.

⁴⁾ R. A. v. 1524 § 29. v. Ranke a. a. O. II. S. 138 ff.

zu berathschlagen, wie man sich bis zu dem Concilium zu verhalten habe, kam zwar nicht zur Ausführung, weil der Kaiser auf Andringen des Papstes es verbot, aber die anderen Festsetzungen blieben doch in Kraft.

Von tiefgehender Bedeutung für die ganze Entwicklung des Protestantismus und damit auch der Religionsfreiheit überhaupt war der Reichstag zu Speyer vom Jahre 1526. Hier zeigte sich sehr bald, dass eine Vereinigung über die Religion von Reichswegen nicht möglich sein werde, da beide Parteien entschlossen waren, in keinem Punkte nachzugeben. Man kam daher auf den Ausweg überhaupt keine allgemeine Bestimmung für das ganze Reich zu treffen, sondern den Territorialgewalten in Bezug auf das Wormser Edict vollkommen freie Hand zu lassen, indem man Folgendes festsetzte: »Demnach haben »Wir, auch Churfürsten, Fürsten und Stände des Reichs, und »derselben Bottschaften, Uns jetzo allhie auf diesem Reichs- »Tag einmüthiglich verglichen und vereiniget, mittler Zeit dess »Concilii, oder aber National-Versammlung nichts desto minder mit Unsern Unterthanen, ein jeglicher in Sachen, so »das Edict durch Kayserl. Majest. auf dem Reichs-Tag zu »Wormbs gehalten, aussgangen, belangen möchten, für sich »also zu leben, zu regieren und zu halten, wie ein jeder solches gegen Gott und Kayserl. Majestät hoffet und vertraut »zu verantworten«⁵⁾.

Damit war zuerst dem Protestantismus eine feste rechtliche Grundlage gegeben worden, und alle für die Einführung desselben nöthigen Einrichtungen, die bisher nur vereinzelt in den Territorien, wie z. B. in Sachsen nach Luthers Vorschlägen, getroffen waren, aber ohne dass die Reichsgesetze hierzu die Berechtigung gewährten, konnten nunmehr in vollkommen gesetzmässiger Weise durchgeführt werden.

⁵⁾ R. A. v. 1526 § 4 (Neue Samml. der R. A. II. S. 274). v. Ranke a. a. O. II. S. 354 ff.

Der Reichsabschied zu Speyer wurde die juristische Grundlage für das nachmals so berühmt gewordene, vielumstrittene *ius reformandi* der Landesherren. Der Begriff dieses Rechtes hat sich im Laufe der Zeiten vollkommen geändert, und es ist daher zunächst die Frage zu erörtern, was denn eigentlich ursprünglich unter diesem Reformatationsrechte verstanden wurde⁶⁾. Nach der Meinung der Reformatoren, besonders Luthers, war das *ius reformandi* der Landesherrn nichts weiter als das Recht und die Pflicht der weltlichen Obrigkeit, für den Fall, dass bei verbesserungsbedürftigem Zustande der Kirche die geistlichen Oberen ihre Pflicht rechtzeitig einzugreifen verabsäumten oder gar ausdrücklich dem, was die Stimme der Kirche forderte, nachzukommen sich weigerten, aber auch nur für diesen Fall, selbstthätig einzugreifen und die entsprechenden Massnahmen zu treffen. Luther⁷⁾ leitete dieses Recht aus dem Grundsatz ab, dass der Kirche nur eine geistliche Gewalt zustehe, dass die Kirchenoberen nur ihr geistliches Amt, nicht aber eine besondere, von Christus selbst ihnen verliehene Gewalt von den Laien unterscheide; vielmehr seien die Bischöfe ebenso wie alle Laien der weltlichen Obrigkeit unterworfen. Diese sei auch berechtigt Concilien zu berufen und bei anerkannten Missbräuchen in der Kirche kirchliche Einrichtungen, selbst ohne Mitwirkung der Kirchenoberen, zu ändern. Hätten nun die Bischöfe wirklich zu Reformen sich herbeigelassen, so wäre der Antheil der weltlichen Obrigkeit hierbei zunächst davon abhängig gewesen, wieviel von denjenigen Rechten, welche den Bischöfen nur kraft staatlicher Verleihung zustanden, ihnen auch noch ferner verbleiben sollten; nur die Bestellung geeigneter Geistlicher und die Einrichtung des Gottesdienstes wäre den Bi-

⁶⁾ Eichhorn Kirchenrecht I S. 244 ff.

⁷⁾ Die betreffenden Stellen aus Luther: »An den christlichen Adel deutscher Nation«. s. bei Eichhorn a. a. O. I. S. 244.

schöfen ausschliesslich zugefallen⁸⁾. Da sich aber die Bischöfe zu jener Zeit der neuen Lehre fast alle feindlich gegenüberstellten, so blieb ihnen nicht einmal diese Befugnis, und die Landesherren übernahmen es selbst die Verbesserung der Kirche herbeizuführen. Anfangs beschränkten sie sich hierbei lediglich darauf, für die Besetzung der Pfarrämter mit tauglichen Geistlichen zu sorgen, den Gottesdienst nach den Grundsätzen der evangelischen Lehre zu ordnen, eine Aufsichtsbehörde für die Geistlichen einzurichten und die Verwaltung der Kirchengüter selbst zu übernehmen. Kurz sie betrachteten sich, wie Eichhorn⁹⁾ es ausdrückt, »nur als Vollzieher dessen, was die Stimme der Kirche forderte«.

In dieser Eigenschaft ordneten sie die Vornahme von Kirchenvisitationen an und erliessen die von ihren Theologen verfassten Kirchenordnungen. Die Ausübung des *ius reformandi* fiel also dem Landesherrn nur deshalb zu, weil die Kirchenoberen ihre Pflicht vernachlässigten, und es bestand darin, dass der Landesherr befugt war, die nothwendigen Massregeln zur Beseitigung der in der Kirche herrschenden Missbräuche zu treffen, keineswegs jedoch nach eigenem Belieben oder Meinen, sondern so wie es die Stimme der Kirche forderte.

Freilich hatte jener Reichsabschied auch die Folge, dass in den Territorien katholischer Landesherrn heftige Verfolgungen gegen die Evangelischen begannen¹⁰⁾; aber dieser Nachtheil muss als gering angesehen werden demgegenüber, dass nunmehr überhaupt erst eine ruhige Entwicklung des Protestantismus unter der Leitung der weltlichen Obrigkeit ermöglicht wurde.

Bald wurde jedoch diese ganze Errungenschaft wieder in Frage gestellt. Schon auf dem zweiten Reichstage zu Speyer

⁸⁾ Eichhorn a. a. O. I S. 246.

⁹⁾ Eichhorn a. a. O. I S. 247.

¹⁰⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 36.

vom Jahre 1529 war die katholische Partei der Reichsstände stark genug geworden, um einen für die Evangelischen höchst ungünstigen Reichsabschied herbeizuführen, in welchem bestimmt wurde, dass alle Stände, welche bisher das Wormser Edict beobachtet hätten, demgemäss auch ferner sich verhalten, die anderen dagegen mit allen Neuerungen innehalten, die Messe, die überall in den Ländern der evangelischen Reichsstände abgeschafft worden war, wieder zulassen und niemanden in der Ausübung des alten Gottesdienstes stören sollten¹¹⁾. Im Entwurfe dieses Reichsabschiedes hatte man sogar den Bischöfen die geistliche Gerichtsbarkeit vorbehalten wollen, doch liess man diese Bestimmung fallen und beschränkte sich darauf, den Geistlichen ihre Einkünfte zu sichern¹²⁾. Aber auch so war der Beschluss noch verhängnissvoll genug für die Evangelischen¹³⁾. An vielen Orten, be-

¹¹⁾ R. A. v. 1529 § 4. (Neue Samml. der R. A. II S. 293): »So haben
»Wir Uns, samt Churfürsten, Fürsten, Prälaten, Graffen, und andern
»Ständen entschlossen, dass diejenige, so bey obgedachtem Kaiserl. Edict
»biss anhero blieben, nun hinfüran auch bey demselbigen Edict biss zu
»dem künftigen Concilio verharren, und ihre Unterthanen darzu halten
»sollen und wollen. Und aber bei denen die andere Lehren entstanden,
»und zum Theil ohn merkliche Aufruhr, Beschwerd und Gefährd nicht
»abgewendt werden mögen: Soll doch hinfüro alle weitere Neuerung biss
»zu künftigem Concilio, so viel möglich und menschlich, verhütet werden.
»§ 5 dessgleichen sollen die Aemter der Heil. Mess nicht abgethan
»auch niemals an den Orten, da die andere Lehr entstanden und gehalten
»wird, die Mess zu hören verboten, verhindert, noch darzu oder darvon
»gedrungen werden«.

¹²⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 105ff. 108. R. A. v. 1529 § 10: »Wir . . .
»haben Uns einmüthiglich verglichen, und einander in guten wahren
»Treuen zugesagt und versprochen, dass keiner vom geistlichen oder
»weltlichen Stand den andern des Glaubens halben vergewaltigen, dringen
»oder überziehen, noch auf seiner Rent, Zinss, Zehenden und Güter ent-
»wehren . . . soll«.

¹³⁾ Zu erwähnen ist hier noch, dass eine Bestimmung des Reichsabschiedes sich ausdrücklich gegen die Anhänger Zwinglis richtete. R. A. v. 1529 § 5: »Und sonderlich soll etlicher Lehr und Secten, soviel
»die dem Hochwürdigen Sacrament des wahren Fronleichnams und Bluts
»unser Herrn Jesu Christi zugegen, bey den Ständen des Heil. Reichs

sonders in den Städten, war man gerade in Einführung der neuen Lehre begriffen; manche hatten nur noch gezaudert, in der Hoffnung auf eine neue Bewilligung durch den Reichstag. Jetzt musste alles in halbfertigem Zustand stehen bleiben. Dies war fast gleichbedeutend mit völliger Zerstörung. Durch die Bestimmung, dass die Messe wieder zugelassen werden müsse, erhielten die Bischöfe Gelegenheit in die inneren Angelegenheiten eines evangelischen Landes einzugreifen und so allmählich alles, was sie verloren hatten, wieder zu gewinnen. Während sich die Evangelischen bisher im Bewusstsein der Loyalität ihres Verfahrens sicher gefühlt hatten, sahen sie sich nun wieder in ihrer Existenz bedroht, denn formell war der Reichsabschied ohne Zweifel auch für die Evangelischen verbindlich, da ja, wie Ferdinand, des Kaisers Bruder, und die kaiserlichen Commissarien ihnen bemerkten, jene Beschlüsse »altem löblichen Gebrauch nach durch den mehrern Theil der Kurfürsten und Fürsten gefasst worden«, so dass doch auch die übrigen sich denselben fügen müssten¹⁴⁾. Die Evangelischen waren jedoch nicht gesonnen dieses einseitige Vorgehen der katholischen Mehrheit der Reichsstände anzuerkennen. In Gewissenssachen, so stellten sie als Grundsatz auf, könne überhaupt die weltliche Obrigkeit keinen Zwang auferlegen, insofern berechtige die Ueberzeugung von der Wahrheit einer Lehre auch zu deren Verbreitung. Sie protestirten daher gegen den Reichsabschied, da in Gewissenssachen die Mehrheit sie nicht verpflichten könne¹⁵⁾. Der Reichsabschied sei also für sie unverbindlich, und sie würden sich auch fortan mit ihren Unterthanen hinsichtlich der Religion so verhalten, wie sie es gegen Gott und den Kaiser zu verantworten gedächten¹⁶⁾.

»Teutscher Nation, nicht angenommen, noch hinfürom zu predigen gestattet oder zugelassen werden«.

¹⁴⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 110.

¹⁵⁾ Eichhorn a. a. O. I S. 256 ff.

¹⁶⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 111.

Noch weiter als auf dem Reichstage zu Speyer vom Jahre 1529 ging man auf dem vom Kaiser selbst abgehaltenen Reichstage zu Augsburg vom Jahre 1530 in der Reaction gegen alle neuen Einrichtungen, welche von den evangelischen Reichständen in ihren Territorien in Bezug auf die Religion getroffen worden waren. Nachdem auf dem Reichstage die von den evangelischen Theologen verfasste Augsburger Confession und von katholischer Seite eine Confutation derselben verlesen worden war, erklärte der Kaiser die Lehren der Evangelischen für widerlegt und kündigte ihnen wiederum, wie es nun schon auf jedem der letzten Reichstage geschehen war, für die allernächste Zeit die Berufung eines Conciliums an. Zugleich fügte er hinzu, »dass sie sich mittler Zeit dem Kaiser, den Ständen und der gemeinen christlichen Kirche gleichförmig würden zu halten haben«¹⁷⁾. Diesem Ansinnen konnten sich die Evangelischen unmöglich fügen, ohne ihre Sache ganz aufzugeben, und da sie im Laufe der Verhandlungen erkannten, dass alle Hoffnung auf einen für sie günstigen Ausgang vergeblich sei, so zogen sie es vor, sich überhaupt ganz vom Reichstage zurückzuziehen.

Nach ihrem Fortgange wurde dann der Reichsabschied so schroff abgefasst wie nur möglich; überall wurden die Evangelischen nur als Secte bezeichnet. Dem Kurfürsten von Sachsen und denjenigen Reichständen, welche mit ihm die Augsburger Confession übergeben hatten, wurde eine Bedenkzeit bis zum 15. April 1531 gegeben, ob sie sich wieder der alten Kirche anschliessen wollten oder nicht; alle diejenigen, welche der alten Religion zugethan waren, sollten sie bei ihrem Glauben und ihren Ceremonien lassen; die geistlichen Güter sollten sie ohne Ausnahme zurückgeben¹⁸⁾.

¹⁷⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 201.

¹⁸⁾ R. A. v. 1530 § 1. 3. 6. Dasselbe wurde den vier Städten, Strassburg, Constanx, Memmingen, Lindau, die ein besonderes Glaubensbekenntniss überreicht hatten, anbefohlen. R. A. v. 1530 § 8. (Neue Samml. der R. A. II S. 308 ff.)

Für die folgende Zeit wurde die Bestimmung von ganz besonderer Wichtigkeit, dass alle Mitglieder des Reichskammergerichts auf diesen Reichsabschied, besonders soweit er den Glauben und die Religion betreffe, verpflichtet werden sollten¹⁹⁾.

Bemerkenswerth ist noch eine Bestimmung dieses Reichsabschiedes, welche als die erste Spur des späterhin im Augsburger Religionsfrieden und besonders im Westfälischen Frieden den Unterthanen allgemein gewährten *ius emigrandi* von Bedeutung ist. Danach versprach der Kaiser allen Unterthanen evangelischer Reichsstände, welche bei der katholischen Religion geblieben waren, seinen besonderen Schutz und ausserdem »mit ihrem Leib, Haab und Gütern, einen freyen Ab- und Zuzug, der obgemeldten Oberkeiten, Städt, Ort und Flecken, ohne Beschwerde einiger Nachsteuer oder Abzug ihrer Güter«²⁰⁾.

¹⁹⁾ R. A. v. 1530 § 91. »Und insonders sollen sie allen und jeden »Kammer-Gerichts-Personen mit Ernst ansagen und befehlen, dass »sich alle obgemeldte Kammer-Gerichts-Personen samtllich und sonderlich, des Abschieds dieses jetzo allhie gehaltenen Reichs-Tags, und sonderlich in dem Articul des Glaubens und Religion gemäss halten, auch »sonst den in keinen Punkten überfahren. Dann wo sie den übertretten, »und ungehorsam erfunden würden, es wäre wer er woll, soll Unser »Kammer-Richter Befehl und Macht haben, den oder dieselben von seinem »Amt zu urlauben und abzusetzen, dem Unser Kammer-Richter, Unser »Ungnad zu vermeiden, also strenglich nachkommen soll«.

²⁰⁾ Vollständig lautet diese Bestimmung R. A. v. 1530 § 60: »Darzu »wollen wir aus Kayserl. Macht denselben Bürgern, Bürgerin und Einwohnern, so noch des alten Christlichen Glaubens sind, und darauff »verharren, ihrer Gelegenheit nach, mit ihrem Leib, Haab und Gütern, »einen freyen Ab- und Zuzug, der obgemeldten Oberkeiten, Städt, Ort »und Flecken, ohne Beschwerde einiger Nachsteuer oder Abzug ihrer »Güter, und unverhindert männiglichs zugelassen und bewilliget haben: »Und thun das hiemit wissentlich. Wollen auch, dass ihnen solches an »ihren Bürgerlichen gethanen Pflichten, Stadt- oder Bürger-Recht, keinen »Nachtheil oder Verletzung bringen noch gebühren soll, in einige Weiss »oder Weg. Und ob einige obangezeigte Oberkeit, Stadt oder Flecken, »Freyheiten oder Privilegien, diesem zuwider oder entgegen hätten, denselben wollen Wir derogirt, und solches alles in diesem Fall hiermit »aufgehbt haben«.

Fassen wir das Resultat des ganzen Reichsabschiedes kurz zusammen, so war dasselbe die vollkommene Negation des Protestantismus.

Verschlimmert wurde die Lage der Protestanten noch dadurch, dass die katholischen Reichsstände es sich hatten angelegen sein lassen das Reichskammergericht gemäss den im Augsburger Reichsabschiede vom Jahre 1530 getroffenen Bestimmungen einzurichten. Da nun, nach der oben erwähnten Bestimmung, alle Mitglieder desselben auf diesen Reichsabschied verpflichtet waren, so mussten nunmehr die Prozesse, welche bald dort anhängig gemacht wurden, ein Hauptgrund der Sorge für die Evangelischen werden. Aber hier, wie so oft, wurden die Protestanten durch die dem Reiche von Aussen her drohenden Gefahren aus ihrer schlimmen Lage befreit. Nachdem sie sich im Jahre 1531 zum Schmalkaldischen Bunde vereinigt hatten, stellten sie immerhin eine solche Macht dar, dass der Kaiser im Hinblick auf den bevorstehenden Türkenkrieg sich genöthigt sah, auf ein Abkommen mit ihnen zu denken. Er knüpfte daher zu Nürnberg im Jahre 1532 Verhandlungen mit ihnen an. Die hauptsächlichsten Forderungen der Protestanten waren hier: das Verbot aller Gewaltthätigkeiten unter den Reichsständen »des Glaubens halber« und die Einstellung der Prozesse am Reichskammergericht²¹⁾.

Dabei blieb aber stets der Gedanke durch ein Concilium zu einer endgültigen Vereinigung der Religion wieder zu gelangen.

Diese Forderungen wurden ihnen aber nur theilweise erfüllt. Der Kaiser konnte sich aus Rücksicht auf die katholische Majorität der Reichsstände nicht entschliessen, öffentlich den Evangelischen die Einstellung der gegen sie gerichteten Prozesse beim Reichskammergericht zuzusagen. Man schlug daher den Ausweg ein, dass der Kaiser nur den Frieden d. h.

²¹⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 297.

das Verbot aller Gewaltthätigkeiten des Glaubens halber, in einem öffentlichen Erlass verkündigte, über die Einstellung der Prozesse dagegen den Evangelischen eine besondere Versicherung gab. In dieser versprach er aber nur, dass er alle Rechtfertigungen in Sachen des Glaubens »durch I. Maj. Fiscal und Andere« gegen den Kurfürsten von Sachsen und dessen Zugewandte bis zum Concilium einstellen wolle²²⁾. Also nur auf den Kurfürsten von Sachsen und die anderen damaligen Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, auf Niemanden weiter, bezogen sich diese im Jahre 1532 zu Nürnberg getroffenen Vereinbarungen und nur bis zu einem künftigen Concilium sollten sie gelten. Das Begehren der Evangelischen die Versicherungen auch auf diejenigen auszudehnen, welche in Zukunft zu ihrer Confession übertreten würden, lehnte der Kaiser dagegen ab.

Durch diesen sogen. Nürnberger Religionsfrieden, der in Wirklichkeit in einer öffentlichen Verkündigung des Friedens und einer privaten Versicherung des Kaisers bestand, erreichten wenigsten die damaligen Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes Sicherheit vor der Anwendung der Bestimmungen des Augsburger Reichsabschiedes vom Jahre 1530 in Sachen des Glaubens. Damit wurde die rechtliche Existenz des Protestantismus, wenn auch nur in den Territorien der Schmalkaldischen Bundesverwandten und bis zur Abhaltung eines Conciliums, gesichert, worauf bis dahin immer das Streben der Evangelischen gerichtet gewesen war.

Abschnitt 2.

§ 3. Vom Nürnberger Religionsfrieden vom Jahre 1532 bis zum Reichstag zu Speyer vom Jahre 1544.

Dass die Protestanten durch den Nürnberger Religionsfrieden doch nur erst sehr wenig erreicht hatten, sollte sich bald

²²⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 299.

genug zeigen. Auf dem Reichstage zu Regensburg, welcher noch in demselben Jahre, 1532, abgehalten wurde, nöthigten die katholischen Reichsstände den Kaiser zu dem Versprechen, beim Papste auf Berufung eines Generalconciliums binnen sechs Monaten und Eröffnung desselben binnen Jahresfrist zu dringen, wenn dies aber nicht zu erreichen wäre, selbst eine Reichsversammlung zu berufen, um zu berathen, »wie solche Sachen« (d. h. die Religionsangelegenheiten) »es sei durch Beruffung »eines gemeinen General-Concilii, oder sonst durch andere »Mittel und austrägliche Weg, wie die zum gelegensten und »für nothdürftig angesehen, zu Nutz Unsers Heil. Glaubens »versehen werden mögen«¹⁾. Dagegen findet sich in dem Reichsabschiede kein Wort von dem Frieden, welchen der Kaiser den Protestanten zugesagt hatte, oder gar von einer Einstellung der Prozesse, welche gegen dieselben beim Reichskammergerichte anhängig waren²⁾. Dies Letztere besonders war von der grössten Bedeutung; denn wenn auch der Kaiser am 6. November 1532 das Reichskammergericht, dessen Mitglieder ja alle auf die Beobachtung des Reichsabschiedes von 1530 verpflichtet waren, anwies alle Sachen, welche die Religion betrafen, bis auf seinen weiteren Befehl einzustellen, so war es nicht schwer diese kaiserliche Anordnung zu umgehen. Man erklärte einfach, die anhängigen Prozesse beträfen gar nicht die Religion, sondern seien Spolien-Landfriedensbruch-Sachen, es handele sich um Uebertretungen des Reichsabschieds. Damit war der Religionsfriede in dieser Beziehung für die Protestanten so gut wie nutzlos geworden. Auch der Kaiser, an den sie sich um Auslegung seiner Worte wendeten, schaffte keine

¹⁾ R. A. v. 1532 Tit. II § 6 (Neue Samml. der R. A. II S. 356).

²⁾ Bemerkenswerth ist es immerhin als ein Erfolg der protestantischen Sache, dass in der »Peinlichen Halss-Gerichts-Ordnung« Karls V von 1532, welche im übrigen sich ganz an die Bamberger Hals-Gerichts-Ordnung anschloss, der in der letzteren enthaltene Artikel (130) über die Bestrafung der Ketzerei ausgelassen wurde.

Abhülfe, sondern gab eine so dunkele und zweideutige Erklärung, dass er damit vielmehr indirekt das Verfahren des Gerichtes zu billigen schien³⁾.)

In dieser bedrängten Lage der Protestanten brachten die glücklichen Erfolge des Landgrafen Philipp von Hessen in Würtemberg und der hierdurch herbeigeführte Friede von Cadan vom Jahre 1534, zwischen König Ferdinand und dem schwäbischen Bunde einerseits und dem Landgrafen Philipp, dem sich der Kurfürst von Sachsen anschloss, andererseits, eine Wendung zum Bessern. Gegen Anerkennung seiner Wahl zum römischen König durch den Kurfürsten, versprach Ferdinand, »nachdem ein Missverstand wegen des Nürnbergischen Friedens vorgefallen« für die in demselben Begriffenen eine wirkliche Einstellung der bisher gegen sie eingeleiteten Prozesse herbeizuführen⁴⁾. Durch das Zugeständniss, dass ein Missverstand vorgefallen sei, wollte der König offenbar jene von dem Reichskammergerichte gemachten Einwendungen beseitigen. Allerdings blieb diese Zusage nur auf diejenigen beschränkt, welche im Nürnberger Frieden namentlich genannt waren⁵⁾.

Während sonach die im Nürnberger Religionsfrieden namentlich Bezeichneten durch den Frieden von Cadan im Wesentlichen sicher gestellt waren, sahen sich alle anderen, die sich nachher zur evangelischen Lehre bekannt hatten, nur um

³⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 342.

⁴⁾ v. Ranke a. a. O. III S. 343.

⁵⁾ Der Frieden von Cadan selbst brachte jedoch den Protestanten einen grossen Zuwachs. Dem Herzog Ulrich von Würtemberg wurde in dem Frieden sein bisher von König Ferdinand besetztes Land zurückgegeben unter der Bedingung, dass er es von diesem zu Lehen nehme; aber gegen Gewährung dieser Bedingung setzten es die Protestanten durch, dass dem Herzog keinerlei allgemeine Verbindlichkeit hinsichtlich der Religion auferlegt wurde. Damit war es diesem ermöglicht die Reformation nun auch in Würtemberg einzuführen, eine Befugniss, von der er sofort Gebrauch machte.

v. Ranke a. a. O. III S. 345 ff.

so mehr durch Prozesse beim Reichskammergericht bedroht. Da jedoch im Jahre 1535 ein neuer Krieg mit Frankreich bevorstand, suchte König Ferdinand sich den Protestanten zu nähern. Infolgedessen schloss er mit dem Kurfürsten von Sachsen, der ihn, ebenso wie schon vorher Landgraf Philipp, in Wien aufgesucht hatte, einen Vertrag, in welchem er den Protestanten weitere Zugeständnisse machte. Er versprach von neuem einen Stillstand der Prozesse, welche den Glauben und die Religion betrafen, beim Reichskammergericht, aber diesmal blieb die Beschränkung auf die im Nürnberger Religionsfrieden mit Namen Genannten weg⁶⁾. Es hatte dies die wichtige Folge, dass nunmehr der Schmalkaldische Bund auch auf alle anderen, die unterdessen die evangelische Lehre angenommen hatten, ausgedehnt werden konnte, ohne dass man befürchten musste, damit eine Gesetzwidrigkeit zu begehen.

Alle diese Zugeständnisse drohten aber hinfällig zu werden, als der Papst wirklich im Jahre 1537 eine Aufforderung zu einem Concilium in Mantua ergehen liess; denn nur bis zu einem Concilium sollten ja die den Protestanten gemachten Zusagen dauern. Damals ging nun freilich diese Gefahr noch glücklich vorüber, weil das Concilium nicht zu Stande kam, aber bald entstand eine neue Gefahr für die Protestanten durch die Stiftung eines Bundes der eifrigsten katholischen Fürsten im Jahre 1538, welche nur den Nürnberger Frieden anerkennen wollten und alle Urtheile des Reichskammergerichts gegen die Protestanten auszuführen beabsichtigten. Doch auch diesmal wurden sie durch die äusseren politischen Verhältnisse, das Vordringen der Türken, aus ihrer schlimmen Lage befreit. In Folge dieser Umstände bewilligte ihnen der Erzbischof von Lund, den der Kaiser mit den Verhandlungen beauftragt hatte, unter Vermittelung der Kurfürsten von der Pfalz und von Brandenburg zu Frankfurt a. M. eine

⁶⁾ v. Ranke a. a. O. IV S. 54 ff.

Suspension der Prozesse beim Reichskammergerichte für alle diejenigen, welche sich jetzt zur Augsburgerischen Confession hielten, dagegen lehnte er ihr Begehren nach einem dauern- den Frieden ab⁷⁾. Hier kam man auch noch überein, gemäss dem Wunsche der Protestanten die Vereinigung der Religion durch ein Religionsgespräch zu versuchen, für welches dann auf einer Versammlung zu Hagenau im Jahre 1540 die nöthigen Verabredungen getroffen wurden.

Dieses Religionsgespräch führte jedoch nicht zu dem erwünschten Ziele; der Kaiser konnte es sogar auf dem Reichstage zu Regensburg vom Jahre 1541 nicht einmal durchsetzen, dass die Reichsstände sich verpflichteten diejenigen Sätze, über welche man sich bei dem Religionsgespräch geeinigt hatte, in Zukunft zu beobachten. Vielmehr musste er, da zu gleicher Zeit der Papst durch seinen Legaten sich bereit erklärte ein Concilium zu berufen, dem Fürstenrathe, in welchem fast die ganze katholische hohe Geistlichkeit sass, darin nachgeben, dass er in dem Reichsabschiede alle weiteren Verhandlungen über die Vergleichung der Religion auf das Concilium verwies⁸⁾. Andererseits erreichten es die Protestanten aber doch, dass der Nürnberger Religionsfriede ohne alle Beschränkung auf einzelne Reichsstände bis zu dem Concilium oder einer sonstigen in Sachen der Religion abzuhal- tenden Versammlung in dem Reichsabschiede bestätigt wurde; auch die Prozesse und Achten, »so bisher in Religion- und »anderen Sachen an unserm Kayserl. Kammer-Gericht anhän- »gig gemacht, und ergangen seynd, derowegen biss her Streit »gewesen, ob dieselben in dem Nürnbergischen Friedstand be- »griffen seyn sollen oder nicht«, wurden bis zu jenem Ter- mine suspendirt und eingestellt⁹⁾.

Neben diesen öffentlichen Versicherungen im Reichsab-

⁷⁾ v. Ranke a. a. O. IV S. 93 ff.

⁸⁾ R. A. v. 1541 § 21. (Neue Samml. der R. A. II S. 434).

⁹⁾ R. A. v. 1541 §§ 26. 29.

schiede erhielten die Protestanten vom Kaiser, der sie um jeden Preis von einer Verbindung mit seinen Feinden zurückhalten wollte, noch eine besondere Declaration¹⁰⁾.

Hierin bewilligte er ihnen wenigstens theilweise die Forderungen, deren Aufnahme in den Reichsabschied der Widerspruch der katholischen Majorität verhindert hatte. Er sagte ihnen zu, es solle »des Kammergerichts halben verstanden werden, dass die Beisitzer desselben auf den jetzigen Abschied und Declaration sollen vereidet werden, und der Augsburger Abschied, soviel die Religion anlanget, nicht statt haben soll, dessgleichen die Personen so präsentirt werden von deswegen, dass sie der Augsburgischen Confession und Religion gar nicht geweigert werden, und soll einem jeden ungeachtet wessen Religion er sey, gleichmässig Recht gesprochen werden«. Ferner dehnte der Kaiser die Bestimmung des Reichsabschiedes keinen Geistlichen seiner Güter zu entsetzen auf die protestantischen Geistlichen aus, welche die Katholiken bisher noch gar nicht als Geistliche angesehen hatten. Zu dem Verbote der Zerstörung der Klöster und Stifter machte er den Zusatz: »doch unbegeben einer jeden Obrigkeit, hinter derer sie gelegen, dieselbigen zu christlicher Reformation anzuhalten«.

Hinsichtlich der Lehre versprach der Kaiser, soweit man sich bei dem Religionsgespräche nicht habe einigen können, den Protestanten kein »Mass« zu geben. Diese Declaration hatte ja nun freilich nicht die Bedeutung eines Reichsabschiedes, aber indem sie den Kaiser als das Reichsoberhaupt band, gewährte sie den Protestanten doch immerhin vollkommene Sicherheit¹¹⁾.

¹⁰⁾ v. Ranke a. a. O. IV S. 162. Corp. Reform. IV S. 623. Altera Caesaris declaratio. Der kaiserl. Majestät über etliche Artikel des Regensburger Reichsabschiedes den Protestirenden gegeben. Regensburg den 29. Juli 1541.

¹¹⁾ Ganz besonders bemerkenswerth ist noch das auf diesem Reichstage geschlossene Bündniss zwischen Karl V. und König Ferdinand einer-

Andererseits muss man aber auch nicht ausser Acht lassen, dass der Kaiser an demselben Tage, an welchem er den Protestanten die Declaration ertheilte, den gegen sie geschlossenen Nürnberger Bund erneuerte, in den auch der Papst eintrat.

Auf dem im folgenden Jahre, 1542, zu Speyer gehaltenen Reichstage erstreckte König Ferdinand, um auch von den Protestanten Hülfe gegen die Türken zu erlangen, den von dem Kaiser zu Regensburg bewilligten Frieden auf weitere fünf Jahre, gerechnet vom Ende des Krieges, sofern nicht inzwischen durch ein General- oder National-Concilium oder sonst auf irgend eine Weise eine Einigung erzielt worden sei¹²). Auch auf dem Reichstage zu Nürnberg vom Jahre 1543 wurden wieder nur vorläufige Bestimmungen von geringer Bedeutung getroffen. Es wurde ein Aufschub aller Prozesse, welche die katholischen Stände »gegen den Ständen der Augspurgischen Confession verwandt und dieselbe Stände hinwieder gegen ihnen am Kayserlichen Kammer-Gericht haben, »oder noch überkommen mögen«, festgesetzt bis zu der Visitation des Reichskammergerichts, welche auf diesem Reichstage beschlossen wurde¹³).

seits und Kurfürst Joachim II. von Brandenburg andererseits. Gegen die Zusage den Kaiser in seinen Clevisch-Geldrischen Streitigkeiten zu unterstützen und sich in keinerlei Bündniss einzulassen, erlangte der Kurfürst, der sich im Jahre 1539 der evangelischen Lehre angeschlossen hatte, die Bestätigung der von ihm aufgestellten Kirchenordnung bis zu einem künftigen General-Concilium oder einer sonstigen Vereinigung über die Religion, jedoch mit der Massgabe, dass er über diese Kirchenordnung in seinen Neuerungen nicht hinausgehen solle. Damit hatte der Kaiser in aller Form die Religionsänderung in Brandenburg als gesetzmässig anerkannt.

v. Ranke a. a. O. IV S. 163. Den Wortlaut des Vertrages bei v. Ranke a. a. O. IV (Analekten) S. 195.

¹²) v. Ranke a. a. O. IV S. 172. R. A. v. 1542 §§ 131. 132. (Neue Samml. der R. A. II S. 465).

¹³) R. A. v. 1543 § 34. (Neue Samml. der R. A. II S. 490). v. Ranke a. a. O. IV S. 205.

Eine vollkommene Veränderung der Lage zu Gunsten der Protestanten brachte der Reichstag zu Speyer vom Jahre 1544. Der Kaiser bedurfte der Unterstützung aller Reichsstände und besonders auch der protestantischen gegen die äusseren Feinde im höchsten Masse. Da nun die Protestanten die Bestätigung der Declaration vom Jahre 1541 zur Bedingung für alle Bewilligungen machten, so konnten auch die katholischen Stände bei der damaligen Nothlage diese Forderung nicht zurückweisen, sondern sie erklärten dem Kaiser, sie müssten es geschehen lassen, wenn er »aus seiner Macht« vollkommenheit Ordnung gebe¹⁴⁾. Wenn sie nun damit auch nicht in aller Form den Vorschlägen des Kaisers, welche auf Bewilligung des seitens der Protestanten gestellten Begehrens gerichtet waren, beistimmten, so liessen sie es doch zu, dass der Reichsabschied denselben entsprechend abgefasst wurde. In diesem findet sich schon eine grosse Anzahl von Bestimmungen zu Gunsten der Protestanten, welche nachher in den Augsburger Religionsfrieden aufgenommen wurden; aber — und dies war das Entscheidende — nur bis zu einem künftigen General-Concilium sollten alle diese Zusagen gelten¹⁵⁾.

In diesem Reichsabschiede wurde nun eigentlich alles, was die Protestanten bisher gefordert hatten, bewilligt. Vor allem wurde der Religionsfrieden ohne irgend welche Einschränkung auf bestimmte Reichsstände bestätigt¹⁶⁾. Mit keinem Worte erwähnte man eine Wiederherstellung der geist-

¹⁴⁾ v. Ranke a. a. O. IV S. 218.

¹⁵⁾ Die Protestanten erreichten vom Kaiser zwar die Zusicherung, dass das Concilium »frei«, nicht aber auch, dass es »unparteiisch« sein solle; eine Ablehnung, die sie eigentlich hätte veranlassen müssen eine Erklärung zu fordern, wie denn der Kaiser das Wort »frei« verstehe. Dies geschah jedoch nicht, und bald genug sollten sie die Folgen hiervon sehen.

v. Ranke a. a. O. IV S. 258. R. A. v. 1544 § 79. (Neue Samml. der R. A. II S. 510).

¹⁶⁾ R. A. v. 1544 § 82.

lichen Jurisdiction der Bischöfe, vielmehr wurde ihnen nur die Besetzung derjenigen Stellen an Kirchen und Schulen vorbehalten, welche sie zur Zeit des Regensburger Reichsabschiedes vom Jahre 1541 bestellt hatten. Von den geistlichen Gütern sollten, wie bisher, die Ministerien an Kirchen und Schulen erhalten werden, ohne Unterschied der Religion. Alle Geistlichen von beiderlei Religion verblieben im Besitze dessen, was sie zur Zeit des Regensburger Abschiedes gehabt hatten¹⁷⁾.

Von nicht minder grosser Wichtigkeit waren die Zugeständnisse, welche in dem Reichsabschiede hinsichtlich des Reichskammergerichts den Protestanten gemacht wurden. Abgesehen davon dass man, wie ja schon früher geschehen war, wieder die gegen sie gerichteten Prozesse suspendirte¹⁸⁾, wurde ihnen diesmal mit einer neuen Einrichtung des Reichskammergerichts auch eine Theilnahme an der Besetzung desselben gewährt. Auf dem nächsten Reichstage sollten neue Beisitzer präsentirt werden, »die fromme, gelehrte, ehrbare und tügliche Personen sind, unangesehen welches Theils Religion die »seyn«. Um aber überhaupt die Zulassung evangelischer Gerichtsbeisitzer zu ermöglichen, entschloss man sich sogar ihnen freizustellen, ob sie ihren Eid »nach alten Brauch zu »Gott und den Heiligen« oder »zu Gott und auff das Evangelium« leisten wollten. Die Beisitzer wurden ausdrücklich angewiesen, »einem jeden ungeachtet was Religion er sey« gleichmässig Recht zu sprechen. Für die Stände der Augsurgischen Confession wurden ausserdem »der Augspurgische »und andere Abschiede, dergleichen die gemeine beschriebene Rechte so viel die Religion auch diesen Friedstand »belangt« suspendirt¹⁹⁾.

17) R. A. 1544 §§ 83. 88. 91. v. Ranke a. a. O. IV S. 218.

18) R. A. v. 1544 § 95.

19) R. A. v. 1544 §§ 92. 93. 94.

So grosse Bedeutung aber auch alle diese Errungenschaften für die Protestanten hatten, so waren sie doch eben nur vorläufig und wurden bald genug, wenigstens für kurze Zeit, vollkommen wieder vernichtet.

Abschnitt 3.

§ 4. Vom Reichsabschied von Speyer vom Jahre 1544 bis zum Augsburger Religionsfrieden vom Jahre 1555.

Schon im folgenden Jahre nach dem Reichstage zu Speyer, 1545 zeigte sich auf dem Reichstage zu Worms eine völlige Veränderung der Verhältnisse; der Kaiser trat den Protestanten wieder ganz anders gegenüber als auf dem Reichstage von 1544. Das so lange geplante Concilium war 1545 zu Trient eröffnet worden. Die Protestanten lehnten es aber ab sich demselben zu unterwerfen, weil es keineswegs frei sei und den Zusagen, die ihnen wiederholt gemacht waren, nicht entspreche. Da sie befürchten mussten, man werde jetzt die Bedingung, welche für die Dauer des ihnen bewilligten Friedens massgebend sein sollte, als erfüllt ansehen, so forderten sie auf dem Reichstage zu Worms die Zusicherung eines beständigen Friedens ohne die Klausel »bis zu dereinstiger christlicher Vergleichung«. Das Bestreben des Kaisers war es dagegen sie zur Unterwerfung unter dieses Concilium zu bringen. Er wies daher ihr Begehren ab, denn es würde ihm »zum höchsten verweislich« sein. Er fügte sogar hinzu, man möge ihn nicht zu unmöglichen Dingen dringen, wie auf dem letzten Reichstag wohl zum Theil geschehen sei¹⁾. Schliesslich vereinigte man sich im Reichsabschied dahin ein neues Religionsgespräch zu halten²⁾; alle Forderungen der Protestanten blieben unerledigt.

Nach diesem Reichsabschied entwickelten sich die Dinge

¹⁾ v. Ranke a. a. O. IV S. 258.

²⁾ R. A. v. 1545 §§ 7. 8. (Neue Samml. der R. A. II S. 519).

sehr rasch. Noch einmal kam man auf dem Reichstage zu Regensburg im Jahre 1546 zusammen, obwohl der Kaiser schon fest entschlossen war, die Protestanten nöthigenfalls mit Gewalt zur Unterwerfung unter das Concilium zu nöthigen. Die protestantischen Fürsten erkannten bald die Hoffnungslosigkeit aller Verhandlungen und sahen ein, dass der Kaiser entschlossen war, zur Erreichung seines Zieles zum Aeussersten zu schreiten. Sie verliessen infolgedessen den Reichstag und rüsteten sich zu dem unvermeidlich gewordenen Kriege.

Nach dem für die Protestanten unglücklichen Ausgange dieses, des s. g. Schmalkaldischen Krieges besass der Kaiser die Macht, um alle seine Wünsche durchzusetzen. In dem Reichsabschied des sofort nach Beendigung des Krieges abgehaltenen Reichstags zu Augsburg vom Jahre 1548 wurden so ziemlich alle Zugeständnisse, welche man seither den Protestanten gemacht hatte, zurückgenommen. Vor allem ward die allgemeine Unterwerfung unter die Entscheidung des Concils festgestellt³⁾. Bis dahin sollten sich die Protestanten nach dem im Auftrage des Kaisers verfassten sog. Interim⁴⁾ halten. In diesem Interim war von allen neuen Einrichtungen der Evangelischen eigentlich nichts beibehalten als die Gestattung des Laienkelchs und der Priesterehe, dagegen fast alle katholischen Ceremonien und Institutionen z. B. die Messe wieder eingeführt. Ferner wurde bestimmt, dass nicht nur in alle geistlichen Güter, sondern auch in die geistlichen Jurisdictionen die entwehrten Geistlichen wieder eingesetzt werden sollten⁵⁾.

³⁾ R. A. v. 1548 § 5. (Neue Samml. der R. A. II S. 529).

⁴⁾ R. A. v. 1548 § 15.

⁵⁾ R. A. v. 1548 § 39. »Ferner sollen und wollen wir unserem vorigen Erbietten nach, auf jetzige gemeiner Ständ gehorsame und unterthänige Bitt, der entwehrten Geistlichen Jurisdiction und Güter halben nochmals durch unsere Commissarien gütliche Unterhaltung pflegen und im Fall der nicht-Vergleichung, alsdann solch gebührliche Mass und Ordnung geben, dadurch einem jeden das Recht erfolgen, und die Entsetzten ohn männiglichs billiche Beschwerung das Ihre erlangen mögen«.

Damit war mit einem Schlage den protestantischen Kirchen in den einzelnen Territorien die Möglichkeit ihres rechtlichen Bestehens entzogen und alles wurde rechtlich wieder in den Zustand, der vor dem Jahre 1526 bestanden hatte, zurückversetzt. Die Zugeständnisse, welche den Protestanten in Bezug auf die Besetzung des Reichskammergerichts gemacht worden waren, wurden gleichfalls widerrufen. Fortan sollten nur noch altgläubige Kammergerichtsbeisitzer angestellt und »dieselben auch mit gewöhnlichen Eiden und Pflichten nach »Ausweisung unser und des Heil. Reichs allhie verneuerten »und reformirten Cammer - Gerichts - Ordnung beladen« werden d. h. sie sollten den Eid wieder »zu Gott und den Heiligen« schwören⁶⁾. Ueberall wo der Kaiser die Macht hatte, setzte er die Durchführung aller dieser Bestimmungen mit Gewalt durch⁷⁾.

Auf dem folgenden Reichstag zu Augsburg vom Jahre 1551 wurde in dem Reichsabschied alles im Jahre 1548 beschlossene bestätigt und besonders die Unterwerfung unter das Concilium und die Restitution der geistlichen Jurisdiction von neuem festgesetzt⁸⁾.

Ein vollkommener Umschwung, durch welchen die Protestanten wieder in den Besitz alles dessen, was sie nur je gehabt hatten, eingesetzt wurden, trat durch die glückliche Unternehmung des Kurfürsten Moritz von Sachsen gegen den Kaiser im Jahre 1552 ein. Nach den ersten Erfolgen des Kurfürsten hatte zwischen ihm und König Ferdinand eine Zusammenkunft in Linz stattgefunden, bei der man übereingekommen war, eine Anzahl von Fürsten nach Passau zu berufen, um einen Vergleich über die Forderungen des Kurfürsten Moritz und seiner Verbündeten herbeizuführen. Ende

⁶⁾ R. A. v. 1548 § 24. v. Ranke a. a. O. V S. 15 ff.

⁷⁾ v. Ranke a. a. O. V S. 40.

⁸⁾ R. A. v. 1551 § 4. § 33. (Neue Sammlung der R. A. II S. 611).
v. Ranke a. a. O. V S. 80.

Mai 1552 kam man dort zusammen, nachdem unterdessen der Kurfürst noch weiter siegreich vorgedrungen war. Die von den versammelten Fürsten getroffenen Verabredungen enthielten im Wesentlichen schon vielfach den Inhalt des Augsburger Religionsfriedens; aber Karl V. weigerte sich, mehrere und zwar gerade die wichtigsten der dort vereinbarten Bestimmungen zu ratificiren. Wirklich gelang es ihm sehr wesentliche Modificationen des Vertrages durchzusetzen, da Kurfürst Moritz in der Zwischenzeit einige Misserfolge erlitten hatte und es infolgedessen für besser hielt, sich zu fügen⁹⁾.

Das Wesentlichste, was die Protestanten im Passauer Vertrage (1552) erlangten, war, dass der Kaiser von seiner Forderung, dass die Protestanten sich dem Tridentiner Concilium unterwerfen sollten, Abstand nahm. Unerfüllt blieb dagegen ihre erste und hauptsächliche Forderung, die Zusicherung eines beständigen Friedens auch für den Fall, dass keine Einigung über die Religion zu Stande käme. In den Verabredungen zu Passau hatte man dies ausdrücklich vereinbart, aber der Kaiser strich diesen Satz wieder¹⁰⁾.

Nach der Fassung, die er demselben gab, sollte innerhalb eines halben Jahres ein Reichstag gehalten werden, auf dem man über die Mittel und Wege einer Vereinigung der Religion beschliessen wollte, aber es sollte dies, wie der Kaiser besonders hinzufügte, geschehen »samt Ihrer Maj. ordentlichem Zuthun«¹¹⁾. Den dort getroffenen Bestimmungen sollte

⁹⁾ v. Ranke a. a. O. V S. 191 ff. 196.

¹⁰⁾ v. Ranke a. a. O. V S. 190. 196.

¹¹⁾ Passauer Vertrag v. 1552 § 6. (Neue Samml. der R. A. III S. 5):
»Was dann folgend die andere Articul, so bey dieser Friedens-Handlung
»von dem Churfürsten zu Sachsen und seinen Mitverwandten angeregt,
»als erstlich Religion, Fried und Recht betrifft, solle die Kays. Maj. dem
»gnädigen Erbieten, so jüngst zu Lintz von Ihrer Maj. wegen, nach Inn-
»halt der dazumal gegebenen Antwort beschehen, getreulich nachsetzen,
»auch innerhalb eines halben Jahrs einen gemeinen Reichs Tag halten,
»darauff nochmahls auff was Wege, als nemlich eines General- oder

dann kein anderes Gesetz Abbruch thun¹²⁾. Bis zu jenem Reichstage sollte kein Reichsstand den andern der Religion wegen beschweren¹³⁾.

Ein anderes wichtiges Zugeständnis war, dass zu dem Reichskammergericht, wie ja schon im Jahre 1544 bestimmt worden war, Beisitzer der Augsburgerischen Confession zugelassen werden sollten, und dass ihnen sowohl, wie auch den etwaigen Prozessparteien die Wahl gelassen werden sollte, ob sie ihre Eide »zu Gott und den Heiligen« oder »zu Gott und auf das heilige Evangelium« schwören wollten¹⁴⁾.

Trotz allen diesen Zugeständnissen war die Lage der Protestanten noch immer eine sehr unsichere und ungewisse, weil ihnen alles nur vorläufig bewilligt wurde, und Niemand wissen konnte, ob nicht vielleicht auf dem zu berufenden Reichstag wieder die katholische Majorität der Stände die Oberhand haben und die Protestanten in Allem überstimmen würde. Hatte ja doch der Kaiser ausdrücklich die Gewährung eines beständigen Friedens abgelehnt und sich seine Einwirkung auf alle etwaigen Beschlüsse des Reichstages in jeder Beziehung gewahrt.

In der nächsten Zeit nach dem Passauer Vertrage konnte

»National-Concilii, Colloquii oder gemeiner Reichs-Versammlung dem »Zwyspalt der Religion abzuhelffen und dieselbe zu Christlicher Vergleichung zu bringen gehandelt, und also solche Einigkeit der Religion »durch alle Stände des Heil. Reichs, sampt Ihrer Maj. ordentlichem Zuthun soll befördert werden«.

¹²⁾ Passauer Vertrag v. 1552 § 10.

¹³⁾ Passauer Vertrag v. 1552 § 8: »Und mittler Zeit weder die Kays. »Maj., wir, noch Churfürsten, Fürsten und Stände dess Heil. Reichs »keinen Stand der Augspurg. Confession verwandt der Religion halben »mit der That gewaltiger Weiss oder in andere Weg, wider sein Conscientz und Willen tringen, oder derhalben überziehen, beschädigen, »durch Mandat oder einiger anderer Gestalt beschweren oder verachten, »sondern bey solcher seiner Religion und Glauben ruhiglich und friedlich bleiben lassen«.

¹⁴⁾ Passauer Vertrag v. 1552 §§ 10 i. f. 11. 12.

der angekündigte Reichstag in Folge der noch immer fort-dauernden Kriegsunruhen nicht stattfinden. Erst im Jahre 1555 kam man zum Reichstage in Augsburg zusammen. Der Kaiser hatte unterdessen wohl eingesehen, dass er nicht im Stande sein würde, seine einstige Absicht durchzuführen, nämlich die Protestanten zur Unterwerfung unter das Tridentiner Concilium zu nöthigen. Er zog es darum vor seinen Bruder, König Ferdinand, mit seiner Vertretung auf dem Reichstage zu beauftragen, um so wenigstens nicht selbst zur Vernichtung seiner eigenen Pläne mitwirken zu müssen¹⁵⁾.

Unter der Leitung König Ferdinands kam nun der Augsburger Religionsfriede zu Stande, der in den Reichsabschied vom Jahre 1555, als ein Haupttheil desselben, aufgenommen wurde.

Abschnitt 4.

§ 5. Der Augsburger Religionsfriede vom Jahre 1555*).

Die Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens lassen sich scheiden in:

1. diejenigen, durch welche grundlegende, allgemeine Festsetzungen getroffen werden;
2. die auf die Reichsstände bezüglichen;
3. solche, welche die Unterthanen betreffen.

Wir betrachten dieselben im Einzelnen näher.

Von allgemeinen Bestimmungen ist zuerst diejenige zu

¹⁵⁾ v. Ranke a. a. O. V S. 257.

*) v. Ranke: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Bd. V S. 259—280. v. Ranke: Zur deutschen Geschichte. Vom Religionsfrieden bis zum dreissigjährigen Krieg. S. 7—10.

J. J. Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen. Frankfurt und Leipzig 1773.

Herzog's Encyclopädie Bd. XII u. d. Art. Vorbehalt, verfasst von P. Hinschius.

Ditterich: *Primae lineae Iuris Ecclesiastici Publici*.

Neue Sammlung der Reichsabschiede Th. III S. 14.

nennen, welche das Neue und zugleich das Wichtigste des ganzen Religionsfriedens enthielt, dass nämlich der Frieden auch bestehen bleiben solle, selbst wenn keine Vereinigung hinsichtlich der Religion zu erreichen sei¹⁾. Hierin liegt die fundamentale Bedeutung des Religionsfriedens und das unterscheidende Merkmal, welches ihn vor allen bisherigen Reichsabschieden und Verträgen auszeichnet. Durch ihn erst wurde die Existenzberechtigung der Protestanten endgültig anerkannt. Jetzt zum ersten Male erreichten sie es, dass man mit klaren Worten erklärte, der Fortbestand des Friedens hänge nicht von einer Vereinigung über die Religion ab.

Damit war ein für allemal die drohende Gefahr beseitigt, dass der Kaiser versuchen könnte, die den Protestanten widrigen Beschlüsse des Tridentiner Conciliums mit Gewalt durchzuführen. Wenn man ja auch noch immer auf eine Einigung über die Religion hoffte und im Religionsfrieden darauf hinwies, so war doch jetzt die Frage, ob überhaupt ein friedliches Zusammenleben verschiedener Confessionen in demselben Staate möglich sei oder nicht, im bejahenden Sinne beantwortet worden. Freilich wurde dies, wie wir weiterhin

¹⁾ R. A. v. 1555 § 25. »Und nachdem die Vergleichung der Religion und Glaubenssachen durch zimliche und gebührliche wege gesucht werden soll, und aber ohne beständigen Frieden zu Christlicher, »freundlicher Vergleichung der Religion nicht wol zu kommen: So haben »wir . . . diesen Fried-Stand, von geliebts Friedens wegen, das hoch- »schädlich Missvertrauen aufzuheben . . . bewilligt, solchen Frieden in »allen obgeschriebenen Articuln biss zu Christlicher, freundlicher und »endlicher Vergleichung der Religion und Glaubens-Sachen stät fest und »unverbrüchlich zu halten und demselben treulich nachzukommen. Wo »dann solche Vergleichung durch die Wege des General-Conciliums, »National-Versammlung, Colloquien oder Reichs-Handlungen nicht erfolgen würde, soll alsdann nicht destoweniger dieser Friedstand in allen »oberzehlten Puncten und Articuln bey Kräfften, bis zu endlicher Vergleichung der Religion und Glaubens-Sachen bestehen und bleiben, und »soll also hiemit obberührter Gestalt, und sonst in alle andere Wege, »ein beständiger, beharrlicher, unbedingter, für und für ewig wärender »Fried aufgericht und beschlossen seyn und bleiben«.

sehen werden, einstweilen doch nur in sehr beschränktem Masse anerkannt, aber das Wesentliche war, dass es überhaupt einmal anerkannt war.

Die zweite allgemeine Bestimmung, welche der Religionsfriede enthielt, war die, dass ausser der römisch-katholischen Religion und der der Augsburgerischen Confessions-Verwandten alle anderen von dem Frieden ausgeschlossen sein sollten²⁾. Hier ist nun die Frage, wer mit dem Ausdrucke »Augsburgerische Confessions-Verwandte« überhaupt in dem Religionsfrieden gemeint war. Es ergibt sich dies aus den Verhandlungen, welche im Kurfürstenrathe darüber geführt wurden, wie man in dem Religionsfrieden die beiden Parteien bezeichnen sollte³⁾.

Der Kurfürst von Trier schlug vor, die Einen als Bekenner der alten katholischen Religion, die Anderen als Verwandte der Confession, die im Jahre 1530 übergeben worden, aufzuführen. Beides verwarfen aber die weltlichen Kurfürsten; denn sie erklärten, sie bekenneten sich gleichfalls zu einer einzigen katholischen Kirche.

Den Ausdruck »Verwandte der alten Religion« zur Bezeichnung der Römisch-Katholischen liessen sie nur zu, weil er schon im Passauer Vertrag gebraucht worden sei. Ganz besonders bedeutungsvoll aber war, dass die weltlichen Kurfürsten die ausdrückliche Beschränkung auf die Bekenner der im Jahre 1530 übergebenen Confession ablehnten. Sie setzten es wirklich durch, dass man auch hier, wie es der sächsische Bevollmächtigte beantragt hatte, dem Passauer Vertrage sich anschloss und nur die Confession im Allgemeinen ohne das Jahr benannte. Die hieraus zu ziehende Consequenz war, dass also auch alle diejenigen, welche sich zu der Confessio

²⁾ R. A. v. 1555 § 17: »Doch sollen alle andern so obgemelten beeden »Religionen nicht anhängig in diesem Frieden nicht gemeynt, sondern »gäntzlich ausgeschlossen seyn«.

³⁾ v. Ranke a. a. O. V S. 260.

Augustana variata vom Jahre 1540 bekannten, in den Frieden aufgenommen wurden⁴⁾. Die Bekenner aller anderen Religionen, vor allem die Anhänger Zwinglis und Calvins, die Reformirten oder, wie sie von ihren Gegnern genannt wurden, die Sakramentirer, waren ausgeschlossen von dem Frieden.

In Betreff der die Reichsstände betreffenden Bestimmungen des Religionsfriedens muss man unterscheiden zwischen den auf die weltlichen und den auf die geistlichen Reichsstände bezüglichen.

a. Hinsichtlich der weltlichen Reichsstände⁵⁾ ging der Religionsfriede vielfach auf die Bestimmungen des Reichsabschiedes vom Jahre 1544⁶⁾ zurück, nur dass er dieselben natürlich in einer den veränderten Umständen angepassten Gestalt aufnahm. Im Einzelnen wurde nun im Religionsfrieden folgendes verordnet: Kein Reichsstand solle einen andern »von wegen der Augspurgischen Confession und derselbigen »Lehr, Religion, und Glaubens halb, mit der That gewaltiger »Weiss überziehen, beschädigen, vergewaltigen oder in andere »Wege, wider sein Conscientz, Wissen und Willen, von dieser »Augspurgischen Confessions-Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, so sie aufgericht, »oder nochmals aufrichten möchten, in ihren Fürstenthumen, »Landen und Herrschafften, tringen, oder durch Mandat, oder »in einiger anderer Gestalt beschweren oder verachten, sondern bey solcher Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ord-

⁴⁾ Jacobson in Herzog's Encyclopädie (Alte Ausgabe) Bd. III u. d. Art. Duldung S. 540.

⁵⁾ Ebenso wie die Reichsstände, wurden auch die freien Reichsritter unter den Schutz des Religionsfriedens gestellt. R. A. v. 1555 § 26: »Und in solchem Frieden sollen die freyen Ritterschaft, welche ohne »Mittel der Kayserl. Majest. und uns unterworffen, auch begriffen seyn »also dergestalt, dass sie obbemeldter beeder Religion halben, auch von »niemand vergewaltiget, beträngt, noch beschwert sollen werden«.

⁶⁾ Vergl. z. B. die fast wörtliche Uebereinstimmung zwischen § 14 des R. A. v. 1555 und einem Theile des § 82 des R. A. v. 1544.

»nungen und Ceremonien, auch ihren Haab, Gütern, liegend
»und fahrend, Land, Leuthen, Herrschaften, Obrigkeiten, Herr-
»lichkeiten und Gerechtigkeiten ruhiglich und friedlich lassen
»und soll die streitige Religion, nicht anders, dann durch
»Christliche, freundliche, friedliche Mittel und Wege zu ein-
»helligem Christlichen Verstand und Vergleichung gebracht
»werden«⁷⁾.

Dadurch waren die protestantischen Reichsstände gegen alle etwaigen Angriffe der Katholiken sicher gestellt. Die wichtigste Folge dieser Bestimmung war aber, dass den weltlichen Reichsständen der Uebertritt von der einen Religion zu der anderen hierdurch freigestellt wurde. Ein Nachtheil irgend welcher Art konnte sie, da jeder Angriff wegen des Bekenntnisses verboten war, in Folge ihres Religionswechsels nicht treffen.

Um die protestantischen Reichsstände auch vor allen Eingriffen der katholischen hohen Geistlichkeit in die inneren kirchlichen Angelegenheiten ihrer Territorien zu sichern, setzte der Religionsfriede eine Suspension der geistlichen Jurisdiction der Erzbischöfe und Bischöfe »biss zu endlicher Vergleichung der Religion« fest »wider der Augspurgischen Confessions-Verwandten, Religion, Glauben, Bestellung der Ministerien, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, so »sie uffgericht oder uffrichten möchten«⁸⁾. In allen anderen Fällen sollte die geistliche Gerichtsbarkeit der Bischöfe fortbestehen, aber nur »wie deren Exercitium an einem jeden »Ort hergebracht, und sie in deren Übung, Gebrauch und »Possession sind«⁹⁾. Wenn nun in dem ersten Falle die geistliche Jurisdiction bis zu einer christlichen Vergleichung suspendirt wurde, so war dies ziemlich gleichbedeutend mit einer völligen Aufhebung derselben, da ja ausdrücklich gesagt wurde,

⁷⁾ R. A. v. 1555 § 15.

⁸⁾ R. A. v. 1555 § 20.

⁹⁾ R. A. v. 1555 § 20 i. f.

dass eine solche Vergleichung nur auf gütlichem Wege herbeigeführt werden dürfe. Auch der Vorbehalt der geistlichen Gerichtsbarkeit im zweiten Falle wurde durch die hinzugefügte Bedingung ziemlich hinfällig; denn zur Zeit des Religionsfriedens gestattete wohl kein Landesherr augsburgischer Confession mehr einem katholischen Bischof Jurisdictionshandlungen über ihn oder seine Unterthanen vorzunehmen^{9a)}.

Durch die Suspension der geistlichen Gerichtsbarkeit der Bischöfe wurde es den protestantischen Landesherrn ermöglicht, nun auch endgültig die kirchlichen Angelegenheiten in ihren Territorien zu ordnen, während bisher, so lange noch ein Concil in Aussicht stand, auf welchem die endgültige Regelung aller Verhältnisse erfolgen sollte, alles nur vorläufig hatte eingerichtet werden können.

In Bezug auf die mittelbaren Kirchengüter, welche die protestantischen Reichsstände bis zum Religionsfrieden eingezogen hatten, ward bestimmt, dass »dieselbe Stände derenthalb weder inn- noch ausserhalb Rechtens, zu Erhaltung eines beständigen ewigen Friedens, nicht besprochen noch angefochten werden«, und dass beim Reichskammergericht keine darauf bezügliche Klage zur Verhandlung kommen sollte¹⁰⁾.

Um die protestantischen Reichsstände in allen Rechten, welche ihnen durch den Religionsfrieden gewährt worden waren, wirksam zu schützen, wurde nunmehr auch die schon im Passauer Vertrage verheissene Aenderung in der Besetzung des Reichskammergerichts vorgenommen. Fortan sollten »der Cammer-Richter und Beysitzer sammtlich und sonderlich, dergleichen alle anderen Personen dess Cammer-Gerichts von beyden der alten Religion und der Augspurgischen Confession, praesentirt und geordnet werden«¹¹⁾. Im Zusammen-

^{9a)} Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 745.

¹⁰⁾ R. A. v. 1555 § 19.

¹¹⁾ R. A. v. 1555 § 106, vergl. Cammer-Gerichts-Ordnung v. 1555 I. III § 3. (Neue Samml. der R. A. III S. 47): »Dergleichen alle andern

hange damit ward auch die Eidesformel im Sinne der Evangelischen dahin geändert, dass für alle ohne Ausnahme »die »Form des Eyds . . . auf Gott und das Heilig Evangelium« festgestellt wurde, während man sowohl im Reichsabschiede vom Jahre 1544 wie auch noch im Passauer Vertrage jedem die Wahl gelassen hatte, ob er schwören wolle »zu Gott und den Heiligen« oder »zu Gott und auf das Heilig Evangelium«¹²⁾.

b. Während man sich über alle Bestimmungen, welche die weltlichen Reichsstände betrafen, verhältnissmässig leicht einigte, entbrannte der heftigste Streit über die Entscheidung der Frage, wie es zu halten sei, wenn ein geistlicher Reichsstand zur evangelischen Lehre übertrete; ob derselbe sein Erzbisthum, Bisthum oder sonstiges Beneficium behalten könne oder nicht. Wäre diese Frage zu Gunsten der Protestanten entschieden worden, so wäre damit das wesentlichste Hinderniss, welches der Ausbreitung des Protestantismus über das ganze deutsche Reich entgegen stand, hinweggeräumt worden. Beide Parteien erkannten sehr wohl die volle Tragweite der Frage, und keine von beiden wollte infolgedessen der andern nachgeben. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, so wählte man den Ausweg, die beiden entgegengesetzten Beschlüsse dem König Ferdinand zu überreichen. Dieser entschied ganz im Sinne der Katholiken und setzte nach wiederholten, im wesentlichen vergeblichen Versuchen die Protestanten zur Nachgiebigkeit zu bewegen, seine Entscheidung in den Religionsfrieden, fügte aber ausdrücklich hinzu, dass hierin zwischen beiden Religionsständen keine Einigung zu erreichen

»Personen dess Cammer-Gerichts von beyden, der alten Religion, und »dann der Augspurgischen Confession praesentirt, und geordnet werden »mögen, und derwegen nicht auszuschliessen sein. Und sollen diese der- »gleichen alle andern Personen dess Cammer-Gerichts, sich der alten »Religion oder berührter Augspurgischen Confession gemäss halten, und »sich keiner sonderer Secten anhängig machen«.

¹²⁾ R. A. v. 1555 § 107.

gewesen sei, und dass er nun entscheide »in Krafft hochge-
»dachter Röm. Kays. Majestät uns gegebenen Vollmacht und
»Heimstellung«. In diesem berühmten Reservatum ecclesia-
sticum oder geistlichen Vorbehalt bestimmte er nun folgendes:
Sobald ein Geistlicher von der alten Religion zur evangeli-
schen Lehre übertrete, solle er sofort sein Beneficium ver-
lieren und »alle Frucht und Einkommen, so er davon gehabt,
»alsbald ohne einige Verwiderung und Verzug, jedoch seinen
»Ehren ohnnachtheilig, verlassen«. Dem Kapitel sollte ge-
stattet sein, »eine Person der alten Religion verwandt zu
wählen«; der so Gewählte sollte in das Beneficium eingesetzt
und im friedlichen Besitz desselben gelassen werden¹³⁾. Die
Protestanten hatten sich mit diesen Verfügungen des Königs,
wie schon oben gesagt, keineswegs einverstanden erklärt, aber
endlich, weil sonst das Zustandekommen des Religionsfriedens
überhaupt gefährdet erschien, wenigstens zugegeben, dass die-
selben mit ausdrücklicher Hervorhebung ihres Widerspruchs
in den Religionsfrieden aufgenommen wurden. Auch zu die-
sem Zugeständniss verstanden sie sich, dem Beispiele des Kur-
fürsten von Sachsen folgend, nur darum, weil sie den geist-
lichen Vorbehalt, wie es dessen Wortlaut sehr wohl zuliess,
dahin auffassten, dass den Kapiteln nur gestattet, nicht aber
befohlen sei, beim Uebertritt des betreffenden geistlichen Reichs-
standes einen Katholiken zu wählen; wenn aber das Kapitel
gleichfalls der evangelischen Lehre zugethan sei, so könne es
auch einen Angehörigen dieser Confession wählen oder in sei-
ner Stellung lassen¹⁴⁾.

Im Uebrigen protestirten die Augsburgerischen Confessions-
Verwandten sofort nach Erlass des Religionsfriedens gegen den
geistlichen Vorbehalt und erklärten ihn nicht beachten zu
wollen¹⁵⁾.

¹³⁾ R. A. v. 1555 § 18.

¹⁴⁾ v. Ranke a. a. O. Bd. V S. 278.

¹⁵⁾ Hinschius in Herzog's Encycl. Bd. XII S. 562 u. d. Art. Vorbehalt.

Die Katholiken ihrerseits beriefen sich bei jeder Gelegenheit auf den geistlichen Vorbehalt, den sie im allerstrengsten Sinne, nicht gemäss der Auffassung der Protestanten, auslegten. Aus diesem Zwiespalt entstanden dann sehr bald die heftigsten Streitigkeiten, welche dann eine der Hauptursachen des dreissigjährigen Krieges wurden.

Was endlich drittens die Unterthanen betrifft, so wurde ihnen durch den Religionsfrieden nur ein sehr geringer Schutz gegen Religionsbedrückungen seitens ihrer Landesherrn gewährt. Nichts weiter sicherte man ihnen zu, als dass sie nicht gezwungen werden sollten, sich zur Religion ihres Landesherrn zu bekehren; es wurde ihnen vielmehr gestattet, wenn sie die Religion ihres Landesherrn nicht annehmen wollten, ihrer Religion wegen mit Weib und Kind das Land zu verlassen und auch ihr Vermögen mitzunehmen, aber auch dies wurde ihnen nicht ohne alle Beschränkungen zugestanden, sondern der Landesherr durfte nach dem Religionsfrieden, »wie es jedes Orts von alters anhero üblichen herbracht und gehalten worden ist«, Nachsteuer und, falls der Auswandernde Leibeigener war, ausserdem auch noch »Abtrag der Leibeigenschaft« verlangen. Hinsichtlich der Leibeigenen wurde die Bestimmung so zweideutig gefasst, dass es ganz in der Hand des Herrn lag, ob er sie ziehen lassen wollte oder nicht¹⁶⁾.

¹⁶⁾ R. A. v. 1555 § 24: »Wo aber unsern, auch der Churfürsten, Fürsten und Stände Unterthanen der alten Religion oder Augspurgischen Confession anhängig, von solcher ihrer Religion wegen, aus unsern, auch der Churfürsten, Fürsten und Ständen des H. Reichs Landen, Fürstenthumen, Städten oder Flecken, mit ihren Weib und Kindern, an andere Ort ziehen, und sich nieder thun wolten, denen soll solcher Ab- und Zuzug, auch Verkauffung ihrer Haab und Güter, gegen zimlichen billichen Abtrag der Leibeigenschafft und Nachsteuer, wie es jedes Orts von alters anhero üblichen herbracht und gehalten worden ist, unverhindert, männiglichs, zugelassen und bewilligt, auch an ihren Ehren und Pflichten allerding unentgolten seyn, doch soll den Oberkeiten an ihren Gerechtigkeiten und Herkommen der Leibeigenen halben, dieselbigen ledig zu zehlen oder nicht, hiedurch nichts abgebrochen oder benommen seyn.«

An diese letzte Bestimmung des Religionsfriedens knüpfte sich die weitere Entwicklung des *ius reformandi* der Landesherrn an. Was dieses Recht ursprünglich war, haben wir oben gesehen. Bisher hatten es nur die evangelischen Reichsstände, unter dem Widerspruche der Katholiken, ausgeübt. Seit dem Religionsfrieden, der ja die Landesherrn Augsburgischer Confession von der geistlichen Jurisdiction der Bischöfe befreit und ihnen in den inneren kirchlichen Angelegenheiten ihres Territoriums freie Hand gelassen hatte, bildete sich allmählich die Anschauung, dass das *ius reformandi* überhaupt das Recht jedes Landesherrn sei das Religionswesen im Lande nach seinem Belieben anzuordnen, oder, wie man es auch ausdrücken kann, die Religion des Landes zu bestimmen¹⁷⁾.

Wie nun jene Bestimmung den Unterthanen das *ius emigrandi* der Religion wegen einräumte, so betrachtete man es andererseits auch als ein Recht des Landesherrn den Unterthan, der sich nicht »reformiren lassen«¹⁸⁾ d. h. der nicht zu der Religion des Landesherrn übertreten wollte, zur Auswanderung zu nöthigen. Dies sah man als einen Ausfluss und eins der wesentlichsten Stücke des *ius reformandi* in dem Sinne, wie es sich durch den Religionsfrieden entwickelte, an.

Neben demjenigen, was im Religionsfrieden selbst zu Gunsten der Unterthanen in den einzelnen Territorien festgesetzt wurde, traf eine Deklaration des Königs Ferdinand noch eine Bestimmung über einen weiteren Punkt, bei dem man, ebenso wie bei dem geistlichen Vorbehalt, keine Einigung hatte erzielen können.

Da die weltlichen Kurfürsten sahen, dass die Katholiken im Besitze der geistlichen Fürstenthümer bleiben würden,

¹⁷⁾ Schon bei dem Religionsfrieden stellten die Katholiken, wie wir weiter unten sehen werden, den Satz auf, dass sich die Unterthanen nach der Religion des Landesherrn richten müssten. S. Eichhorn: Kirchenrecht I S. 264.

¹⁸⁾ Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen. S. 745.

stellten sie, unter der Führung des Kurfürsten August von Sachsen, den Antrag, dass den Unterthanen katholischer geistlicher Fürsten diejenige Religionsübung, welche sie seit langer Zeit oder durch eine besondere Bewilligung hätten, auch in Zukunft gelassen würde. Dem widersetzten sich die Geistlichen auf das Heftigste. Sie bestanden darauf, dass jede Obrigkeit das Recht haben sollte, über das Religionswesen in ihrem Lande zu verfügen. Sei bisher den Evangelischen Duldung gewährt worden, so sei es aus freiem Willen geschehen, vielleicht dass es ihnen ein andermal gefalle ihre alte Befugniss wieder in Uebung zu bringen¹⁹⁾. König Ferdinand, der in dieser Frage auf die Seite der Protestanten trat, vermochte die Geistlichen, dass sie wenigstens zugaben, dass in einer besonderen Deklaration, nicht aber im offenen Abschiede eine den Forderungen der Protestanten entsprechende Bestimmung getroffen würde²⁰⁾. So erliess denn König Ferdinand am 24. Septbr. 1555 diese Deklaration, deren Hauptstelle folgendermassen lautet²¹⁾: »Dass dennoch Wir, in Krafft »der Röm. Kayserlichen Maj., Unsers lieben Bruders und »Herrn, Uns gegebenen Vollmacht und Heimstellung, erkläret, »gesezet und entschieden haben, thun auch solches hiemit »wissentlich und in Krafft dieses Brieffs: Dass der Geistlichen »eigene Ritterschafft, Stätt und Communen, welche lange Zeit »und Jahr der Augsp. Conf. Religion, Glauben, Kirchen-Ge- »bräuche, Ordnung und Ceremonien öffentlich gehalten und »gebraucht, von demselben ihrem Glauben, Religion, Kirchen- »Gebräuchen und Ceremonien hiervor, durch die Geistliche, »oder Jemand anders nicht gedrungen, sondern dabey biss zu »obberührter christlicher und endlicher Vergleichung der Religion unvergewaltiget gelassen werden sollen«.

Damit war nun anscheinend wenigstens für die Unter-

¹⁹⁾ v. Ranke a. a. O. Bd. V S. 277.

²⁰⁾ v. Ranke: Zur deutschen Geschichte S. 9.

²¹⁾ Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 599.

thanen der katholischen, geistlichen Reichsstände²²⁾ eine gewisse Sicherheit geschaffen, aber doch nur, sofern sie »lange Zeit und Jahr« im Besitze gewesen waren, eine Bestimmung, die sehr vielfacher Deutung fähig war. Praktisch hatte übrigens die ganze Deklaration so gut wie gar keinen Werth, da die Geistlichen sich einfach der Erfüllung derselben durch die Erklärung entzogen, sie hätten nichts davon gewusst und gar nicht eingewilligt, seien also auch nicht daran gebunden. So wurde diese Deklaration, ebenso wie der geistliche Vorbehalt, ein Gegenstand ewigen Streites zwischen den Katholiken und den Protestanten.

Suchen wir hiernach den Begriff der Religionsfreiheit festzustellen, wie er sich in dem Zeitraume vom Beginn der Reformation an bis zum Augsburger Religionsfrieden entwickelt hat und in den Bestimmungen des letzteren festgestellt ist, so finden wir Folgendes:

1. Für die weltlichen Reichsunmittelbaren bestand die Religionsfreiheit in der Freiheit sich zur römisch-katholischen oder zur evangelischen Religion zu bekennen, ohne dass sie in irgend einer Beziehung ein Nachtheil treffen konnte; sowie in dem Recht auch die zur Ausübung ihrer Religion erforderlichen Einrichtungen frei zu treffen;

2. Für die geistlichen Reichsstände bestand die Religionsfreiheit in der persönlichen Freiheit, von der katholischen zur evangelischen Religion überzutreten, jedoch unter Verlust ihres geistlichen Amtes und ihrer Benefizien.

3. Die Religionsfreiheit für die Unterthanen endlich bestand lediglich in der Freiheit sich einer gewaltsamen Bekehrung zur Religion des Landesherrn durch die Auswanderung zu entziehen²³⁾.

²²⁾ Nicht etwa auch für die Unterthanen der weltlichen, katholischen oder der evangelischen Reichsstände.

²³⁾ Moser (Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 746) bezeichnet dies als Gewissensfreiheit und die damit verbundene Emigrationsfreiheit.

Kapitel II.

Vom Augsburger Religionsfrieden im Jahre 1555 bis zum Westfälischen Frieden im Jahre 1648 einschliesslich.

Abschnitt 1.

§ 6. Bis zum Westfälischen Frieden.*)

Die ganze Zeit vom Augsburger Religionsfrieden bis zum Westfälischen Frieden ist erfüllt von dem Streite um die beiden wichtigen Fragen, über welche beim Abschluss des Religionsfriedens keine Einigung erzielt worden war, um den geistlichen Vorbehalt und die Deklaration Ferdinands I. Beide Fragen veranlassten auf allen folgenden Reichstagen die heftigsten Entzweiungen zwischen Katholiken und Protestanten. Daneben äusserte sehr bald der Zwiespalt über den Glauben, welcher die Protestanten unter einander entzweite, seine verderblichen Folgen, da sich einer der mächtigsten Reichstände, der Kurfürst von der Pfalz, von seinen bisherigen Glaubensgenossen trennte und sich den Lehren Calvins zuwandte. In Folge dessen wurde gleich auf dem ersten Reichstage, den Maximilian I. zu Augsburg im Jahre 1566 abhielt, eine Bestimmung in den Reichsabschied gebracht, oder richtiger gesagt, aus dem Religionsfrieden wiederholt, welche alle »der alten Religion und Augspurgischen Confession zuwider »einbrechenden Secten und irrigen Opinionen« verdammt und erklärte, dieselben sollten »vermög des Religionsfriedens keine »gelitten noch gedult, sondern allenthalben der Gebühr und »dem Religion-Frieden gemäss, gänzlich abgeschafft werden«.¹)

*) v. Ranke: Zur Deutschen Geschichte. Vom Religionsfrieden bis zum dreissigjährigen Kriege.

Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen.

Moser: Von der teutschen Religionsverfassung. Frankfurt und Leipzig 1774.

¹) v. Ranke a. a. O. S. 63. R. A. v. 1566 § 5. (Neue Samml. der R. A. III S. 213).

Es war dies eine Bestimmung, welche wesentlich gegen den Kurfürsten von der Pfalz gerichtet war.²⁾

Diese Uneinigkeit schwächte natürlich die Protestanten und verhinderte sie an einem kräftigen Vorgehen gegen die Katholiken in Bezug auf jene beiden oben genannten Fragen. Die katholischen, geistlichen Reichsstände konnten es in Folge dessen wagen zu behaupten, sie wüssten gar nichts von jener Deklaration und seien jedenfalls nicht verpflichtet sie zu beobachten, weil sie ja in dieselbe gar nicht eingewilligt hätten. Unbekümmert um den Widerspruch der Protestanten setzten sie daher die Gegenreformation in ihren Territorien mit aller Kraft ins Werk und führten sie auf jede Weise durch. Hinsichtlich des geistlichen Vorbehaltes wurde die oben angeführte Auslegung der Protestanten, dass durch denselben nur dem Domkapitel die Freiheit gelassen werden solle, an Stelle des Uebergetretenen einen anderen zu wählen, und dass dasselbe, wenn es einen Evangelischen im Amte lassen oder auch neu wählen wolle, auch hierzu berechtigt sei, von den katholischen Ständen stets verworfen. Den thatsächlich von den evangelischen Domkapiteln gewählten evangelischen Administratoren geistlicher Fürstenthümer wurde Sitz und Stimme auf den Reichstagen verweigert. Eine Entscheidung über diesen Streit wurde jedesmal auf den folgenden Reichstag verschoben und kam daher überhaupt nicht zu Stande.

Bei allen diesen Verhandlungen war es stets Kur-Sachsen, welches sich, aus Eifersucht gegen Kur-Pfalz, von den Protestanten absonderte und dadurch eine für diese günstige Entscheidung verhinderte. Diese fortdauernden Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten wurden immer heftiger, so dass es endlich nur noch eines äusseren Anlasses bedurfte, um den verhängnissvollen dreissigjährigen Krieg herbeizuführen.

²⁾ In der folgenden Zeit traten zum reformirten Bekenntniss noch u. a. über der Kurfürst von Brandenburg, der Landgraf von Hessen-Cassel, die Fürsten zu Anhalt, die Stadt Bremen etc. S. Moser: Von der teutschen Religionsverfassung. S. 324.

Nach dem anfänglich für die Protestanten so unglücklichen Verlauf des dreissigjährigen Krieges konnte Ferdinand II. es wagen, im Jahre 1629 durch Erlass des Restitutionsedictes ganz entschieden gegen sie vorzugehen.³⁾ Er befahl ihnen in demselben die Rückgabe sowohl der mittelbaren geistlichen Güter, welche von ihnen seit dem Passauer Vertrag eingezogen worden waren, wie auch der Erzbisthümer und Bisthümer, in deren Besitz sie sich im Widerspruch mit dem geistlichen Vorbehalte behauptet hatten. Damit entschied der Kaiser den Streit über den geistlichen Vorbehalt zu Ungunsten der Evangelischen, eine Entscheidung, die, wenn sie durchgeführt wurde, den Protestantismus in einem grossen Theile von Deutschland vernichten musste. Denn was die evangelischen Unterthanen von katholischen, geistlichen Landesherrn zu erwarten hatten, das zeigten die Gegenreformationen zur Genüge. Erklärte doch auch Ferdinand II. im Restitutionsedict noch ausdrücklich die Declaration Ferdinands I. für nichtig. Daneben bestimmte er besonders, dass nur die Anhänger der unveränderten Augsburgerischen Confession als im Religionsfrieden geschützt gelten, »alle andere »widrige Lehren und Secten« dagegen verboten sein sollten.⁴⁾ Hierdurch schloss der Kaiser nicht nur diejenigen Reichsstände, welche sich der Lehre Calvins zugewendet hatten, sondern auch die weit grössere Zahl aller derer, welche sich zu der Confessio Augustana variata vom Jahre 1541 bekannten, von dem Religionsfrieden aus.

³⁾ Herzog's Encyclopädie Bd. XII u. d. Art. Vorbehalt und Westfälischer Frieden S. 564 u. 830. Londorp. Acta publica III S. 1050.

⁴⁾ Restitutionsedict von 1629: »Wir wollen auch hierbey nochmahln »nach Inhalt oftgedachten Religionsfriedens und deren auff denselben »besagenden Reichs-Abschieden vornehmlich deme de Anno Sechs- und »sechtzig hiemit öffentlich declarirt und erkant haben Declariren auch »hiemit und erkennen dass solcher Religionsfrieden allein die uhralten »Catholischen Religion und dero unserm geliebten Vorfahren Kayser »Carolo V. Anno 1530 den 25. Juny übergebener ungeänderten Augs-

Der Kaiser machte nun zwar den Anfang mit der Ausführung seines Edictes, aber der Einfall der Schweden und die hierdurch herbeigeführte Veränderung der Verhältnisse hinderten ihn weiter darin zu gehen. Eine sehr geringe Modification des Restitutionsedictes brachte der Prager Friede vom Jahre 1635, den der Kurfürst von Sachsen bei seiner Losagung von dem schwedischen Bündnisse mit dem Kaiser schloss, doch nahm der Kaiser in demselben eigentlich keine einzige Bestimmung des Restitutionsedictes zurück; alles was er dem Kurfürsten von Sachsen und den evangelischen Reichständen, welche sich diesem anschlossen, bewilligte, war der Besitz derjenigen geistlichen Güter, die sie am 12. Nov. 1627 innegehabt hatten, für 40 Jahre⁵⁾.

Diese Bestimmung war, abgesehen von der Beschränkung des Zugeständnisses auf einen begrenzten Zeitraum, für die Protestanten deshalb so äusserst ungünstig, weil im Jahre 1627 der Kaiser, auf der Höhe seiner Macht stehend, viele protestantische Gebiete in seiner Gewalt gehabt hatte und nun ausdrücklich noch festsetzte, dass an allen den Protestanten wieder zu überlassenden Orten während dieser 40 Jahre das Exercitium der katholischen Religion und alles damit Zusammenhängende in dem Zustande bleiben solle, wie es am 12. November 1627 gewesen sei⁶⁾.

Die Entscheidung über die Forderung des Kurfürsten von Sachsen, dass beim Reichskammergericht und beim Reichshofrath die gleiche Anzahl von Beisitzern beider Religionen ernannt würde, verschob der Kaiser auf den nächsten Reichs-

»purgischen Confessions-Verwandte angehe und begreiffe, alle andere
»widrige Lehren und Secten aber wie dieselben auch genannt und ent-
»weder bereits auffkommen oder noch auffkommen möchten als unzu-
»lässig davon aussgeschlossen verboten auch nicht geduldet oder ge-
»litten werden sollen«.

⁵⁾ Prager Friede v. 1635 § 4. (Neue Samml. der R. A. III S. 535).

⁶⁾ Prager Friede v. 1635 § 7.

tag, ohne sich jedoch zu einem bindenden Zugeständniss zu verstehen.

Ganz erfolglos aber waren die eifrigen Bemühungen des Kurfürsten von Sachsen im Prager Frieden vom Kaiser das Zugeständniss zu erwirken, dass den Unterthanen des Kaisers in dessen Erblanden die freie Uebung der ungeänderten Augspurgischen Confession, wie sie dieselbe im Jahre 1612 gehabt hatten, gewährt werde. Der Kaiser lehnte dies mit Entschiedenheit ab, indem er sich darauf berief, »dass man Ihrer »Kayserlichen Majestät, weil der Augspurgischen Confessions- »Verwandten Ständ eigener gemachter Regul, vielfältigen suchen und begehren nach, die Religion und deren Einführung »der Landes-Fürstlichen Hoheit anhängig seyn solte ein solches auch nicht zu entziehen willens seyn und deroselben »anmuthen würde«⁷⁾.

Hier finden wir zuerst das Resultat jener oben dargelegten, an den Religionsfrieden sich anschliessenden Entwicklung des ius reformandi mit klaren Worten ausgesprochen. Mit voller Schärfe wird das ius reformandi als der Landeshoheit anhängig bezeichnet und zwar in dem Sinne, dass dem Landesherrn kraft der Landeshoheit freistehe die Religion und deren Einführung in seinem Lande zu bestimmen⁸⁾.

Der demnächst noch während des Krieges im Jahre 1641 zu Regensburg abgehaltene Reichstag brachte noch keine wesentliche Aenderung in diesem Zustande. Die endgültige Regelung blieb vielmehr dem Westfälischen Frieden vorbehalten.

⁷⁾ Prager Friede von 1635 § 25.

⁸⁾ Das Nähere wird unten im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Westfälischen Friedens darzulegen sein.

Abschnitt 2.

§ 7. Der Westfälische Friede *).

Der dreissigjährige Krieg hatte nur durch die äusserste Erschöpfung beider Parteien, welche sie zwang von dem ferneren Kampfe abzustehen, sein Ende gefunden. Keine der beiden Parteien war eigentlich besiegt worden, so dass auch keine die Macht hatte, bei dem Friedensschlusse der anderen ihre Bedingungen aufzuerlegen. Bei den Friedensverhandlungen nahmen naturgemäss die deutschen Religionsangelegenheiten, die ja den eigentlichen Grund für den Ausbruch des Krieges gebildet hatten, eine hervorragende Stelle ein. Die Vereinbarungen über dieselben wurden zu Osnabrück zwischen dem Kaiser und den katholischen Reichsständen einerseits und den protestantischen Reichsständen und Schweden, welches als zukünftiger Reichsstand ein grosses Interesse hierbei hatte, andererseits getroffen¹⁾. Der hier abgeschlossene Friede, wie ihn das Instrumentum Pacis Osnabrugensis ent-

*) Pütter: Geist des Westfälischen Friedens. Göttingen. 1795.

Pütter: Systematische Darstellung der Pfälz. Religionsbeschwerden. Göttingen 1783.

Majer: Teutsches geistliches Staatsrecht. Lemgo 1773.

Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen. Frankfurt und Leipzig 1773.

Moser: Von der teutschen Religions-Verfassung. Frankfurt und Leipzig 1774.

Wilda in Ztschr. f. d. R. XI S. 177 ff.

Ditterich: Primae lineae iuris ecclesiastici publici. Argentinae 1778. S. 374 ff.

Richter-Dove: Kirchenrecht. 8. Aufl. S. 208 ff.

Eichhorn: Kirchenrecht I S. 280.

Moser: Erläuterung des Westfälischen Friedens aus Reichshofrätlichen Handlungen. 2 Bände Frankfurt und Leipzig 1776.

¹⁾ In dem zu Münster zwischen dem Kaiser und den Franzosen abgeschlossenen Friedensvertrage wurde wegen aller auf die deutschen Religionsangelegenheiten bezüglichen Bestimmungen auf das Instr. Pac. Osnabr. verwiesen. I. P. M. II. 47.

hält, war zunächst ein Vertrag zwischen den genannten Parteien; seine Bedeutung wurde aber dadurch noch eine weit grössere, dass das Instr. Pac. Osnabr. vollständig in den Reichsabschied vom Jahre 1654 aufgenommen und für ein Reichsgrundgesetz erklärt wurde²⁾).

Die für die deutschen Religionsangelegenheiten in den Artikeln V und VII des Instr. Pac. Osnabr. aufgestellten Rechtsnormen lassen sich nun folgendermassen eintheilen:

A. Allgemeine Bestimmungen.

B. Die Bestimmungen über die Rechte der Reichsstände in ihrem Verhältniss zum Reiche und untereinander hinsichtlich der Religion.

C. Bestimmungen über das ius reformandi der Landesherren und zwar:

a. der katholischen, bez. protestantischen Landesherren gegen ihre protestantischen bez. katholischen Unterthanen;

b. der protestantischen Landesherren gegen protestantische Unterthanen anderer Confession.

A. Allgemeine Bestimmungen.

Der Westfälische Friede stellte drei allgemeine Bestimmungen auf, welche die Grundlage für alle weiteren Festsetzungen bildeten. Es waren dies die folgenden:

1. Der Passauer Vertrag vom Jahre 1552 und der Augsburger Religionsfriede vom Jahre 1555 wurden in ihrem ganzen Umfange aufs Neue bestätigt, soweit nicht durch den westfälischen Frieden selbst Abänderungen getroffen oder streitige Stellen erklärt wurden³⁾. Hierdurch wurden alle Ein-

²⁾ I. R. A. v. 1654 §§ 5; 6.

³⁾ I. P. O. art. V § 1: »Transactio Anno millesimo quingentesimo »quinguesimo secundo, Passavii inita, et hanc Anno millesimo quin-

wände, welche die Katholiken seither gegen die fortdauernde Gültigkeit des Passauer Vertrages und des Augsburger Religionsfriedens gemacht hatten⁴⁾, beseitigt. So nichtig dieselben auch sein mochten, so war es doch, um allen Streit über die Rechtswirksamkeit dieser Reichsgrundgesetze für die Zukunft zu verhüten, von der höchsten Bedeutung, dass von Neuem ihre fortdauernde, rechtliche Verbindlichkeit festgestellt und anerkannt wurde.

2. Den Reformirten wurde »quicquid iuris aut beneficii
»cum omnes aliae Constitutiones Imperii, tum Pax Religionis
»et publica haec Transactio, in eaque decisio Gravaminum
»caeteris Catholicis et Augustanae Confessioni addictis Stati-

»gentesimo quinquagesimo quinto secuta Pax Religionis, prout ea ao
»1566 Augustae Vindel. et post in diversis S. Rom. Imperii comitiis
»universalibus confirmata fuit, in omnibus suis Capitulis, unanimi Impera-
»toris, Electorum, Principum et Statuum utriusque Religionis consensu
»initis ac conclusis, rata habeatur, sancteque et inviolabiliter servetur.
»Quae vero de nonnullis in ea articulis controversis, hac transactione com-
»muni partium placito statuta sunt, ea pro perpetua dictae Pacis decla-
»ratione tam in Judiciis, quam alibi observanda habebuntur, donec per
»Dei gratiam de Religione ipsa convenerit, non attenta cujusvis seu Ec-
»clesiastici seu Politici, intra vel extra Imperium, quocunque tempore
»interposita contradictione vel protestatione quae omnes inanes et nihili
»vigore horum declarantur«.

⁴⁾ So war z. B. in Burgkardi Tractatus de autonomia (München 1586) die Behauptung aufgestellt worden, dass der Kaiser und die katholischen Reichsstände gar nicht berechtigt gewesen seien ohne Zustimmung des Papstes ein Abkommen über geistliche Angelegenheiten zu treffen. s. Pütter Geist des Westfälischen Friedens S. 343ff. Einen weiteren Einwand hatten die Jesuiten erhoben. (Pacis compositio I C torum Dillingensium. Dilling, 1629); sie erklärten, durch den Religionsfrieden seien nur diejenigen Augsburgerischen Confessions-Verwandten geschützt, welche der unveränderten Augsburgerischen Confession vom Jahre 1530 anhängen, alle anderen dagegen seien von dem Religionsfrieden ausgeschlossen. Durch die spätere Aenderung der Augsburgerischen Confession und das Concordienbuch sei nun der Religionsfrieden hinfällig geworden, da sich Niemand mehr in Deutschland zu der unveränderten Augsburgerischen Confession vom Jahre 1530 bekenne. Pütter a. a. O. S. 351. Weiteres s. auch bei Ditterich a. a. O. S. 327.

»bus et subditis tribuunt«, zuerkannt⁵⁾. Hierdurch erlangten die Reformirten, welche bisher stets nur als eine nicht zu duldende Secte angesehen und behandelt worden waren, erst die gesetzliche Anerkennung, welche den Augsburgischen Confessions-Verwandten schon durch den Religionsfrieden zu Theil geworden war. Zu beachten ist aber, dass die Reformirten nicht als Bekenner einer dritten Religion neben die Katholiken und Augsburgischen Confessions-Verwandten gestellt, sondern mit den letzteren unter dem Gesamtnamen »Protestanten« zusammengefasst wurden⁶⁾. Danach war es also unrichtig von drei im »heil. röm. Reiche deutscher Nation« recipirten Religionen zu reden, denn recipirt waren nur zwei Religionen, die katholische und die protestantische, letztere getheilt in die lutherische, oder auch wohl im engeren Sinne die evangelische genannt, und in die reformirte oder evangelisch-reformirte⁷⁾. Die praktisch wichtige Consequenz, welche sich hieraus ergab, war die, dass die Katholiken sich auf den VII. Artikel des Instr. Pac. Osnabr., der die Verhältnisse der Lutherischen und der Reformirten d. h. der Protestanten unter einander regelte, den Protestanten gegenüber nicht berufen konnten⁸⁾. Die katholischen Landesherren waren in Folge

⁵⁾ I. P. O. VII 1: »Unanimi quoque Caesareae Maiestatis omniumque »Ordinum Imperii consensu placuit, ut quicquid iuris aut beneficii cum »omnes aliae Constitutiones Imperii, tum Pax religiosa et publica haec »Transactio, in eaque decisio Gravaminum caeteris Catholicis, et Augustanae Confessionis addictis Statibus et subditis tribuunt, id etiam iis, »qui inter illos reformati vocantur, competere debeat«.

⁶⁾ Nach der unter 5) angeführten Stelle heisst es in I. P. O. VII 1 weiter: »Salvis tamen semper Statuum, qui Protestantes nuncupantur, inter se et cum subditis suis conventis pactis«.

Späterhin wurden die Reformirten auch als Augsburgische Confessions-Verwandte bezeichnet. s. Majer Geistl. Staatsrecht I S. 47.

⁷⁾ Pütter: Geist des Westfälischen Friedens S. 367. Majer: Geistliches Staatsrecht I S. 47.

⁸⁾ Wären drei Religionen durch den Westfälischen Frieden recipirt worden, so wären dadurch ohne Zweifel gemäss der im I. P. O. V 1 unter

dessen nicht berechtigt, die Rechte ihren protestantischen Unterthanen gegenüber geltend zu machen, welche den protestantischen Landesherren ihren gleichfalls protestantischen Unterthanen anderer Confession gegenüber zugestanden waren.

3. Ausser den Katholiken und den Protestanten, d. h. den Lutheranern und den Reformirten, sollte im Reich keine andere Religion aufgenommen oder geduldet werden.⁹⁾ Damit waren alle anderen Religionsgemeinschaften wie die Wiedertäufer, Mennoniten u. a. ausgeschlossen, so dass sie der Landesherr, auch wenn er es gewollt hätte, keinesfalls in seinem Territorium dulden durfte. In späterer Zeit hat man diese Bestimmung dahin deuten wollen, dass damit nur gesagt sein solle, im Reiche als solchem dürften Bekenner einer anderen, als der im Reiche recipirten Religionen nicht geduldet werden, den einzelnen Landesherren dagegen sei es gestattet, solche in ihren Territorien zu dulden.¹⁰⁾ Aber dies

allen Reichsständen angeordneten Gleichheit auch den katholischen Reichsständen dieselben Rechte im Verhältniss zu ihren protestantischen Unterthanen, zugebilligt worden, welche die lutherischen oder reformirten Reichsstände ihren protestantischen Unterthanen anderer Confession gegenüber ausübten. Da aber nur zwei Religionen im Reiche recipirt wurden, so waren die in der Beziehung von den Katholiken später erhobenen Ansprüche hinfällig. Eine andere Folge war die, dass, nachdem einmal die Anerkennung der Reformirten bei den Westfälischen Friedensverhandlungen ausgesprochen war, alle weiteren im art. VII des I. P. O. enthaltenen Vereinbarungen lediglich von den Protestanten unter einander getroffen wurden und zwar von Schweden und den Lutherischen einerseits und von Kurbrandenburg und den anderen Reformirten andererseits. s. Pütter Geist des Westfälischen Friedens S. 379.

⁹⁾ I. P. O. VII 2: »Sed praeter Religiones supra nominatas nulla alia »in sacro Imperio Romano recipiatur vel toleretur«.

¹⁰⁾ s. Pütter Geist des Westfälischen Friedens S. 353. Wenn Pütter diese Ansicht damit begründen will, dass ja doch der Judenschutz trotz jener Bestimmung fortbestanden habe, so beweist dies gar nichts. Denn den Juden war ja schon vor der Reformation Schutz und eine, freilich höchst ungünstige, Ausnahmestellung durch besondere Reichsgesetze zugesagt worden. Dies aufzuheben hätte nach dem ganzen Zusammenhang gar nicht die Absicht des Westfälischen Friedens sein können, da in da-

war sicherlich nicht der wahre Sinn jener Bestimmung; der Westfälische Friede wollte vielmehr alle anderen Religionen, ausser den genannten, ohne Ausnahme vom ganzen Reichsgebiete ausschliessen. Dies ergibt auch eine Vergleichung dieser Bestimmung mit den gleichartigen früheren des Augsburger Religionsfriedens vom Jahre 1555 und des Reichsabschiedes vom Jahre 1566,¹¹⁾ welche ohne Zweifel im Westfälischen Frieden ausdrücklich wiederholt werden sollten. Dass jene aber überhaupt jede Duldung anderer Religionen ausschliessen wollten, ist wohl unbestritten, und so wird man bei Berücksichtigung dieses Ursprunges der Bestimmung des Westfälischen Friedens, auch für diesen das Gleiche annehmen müssen.¹²⁾ Jene mildere Auslegung wurde allerdings im Laufe der Zeit die herrschende, aber der Auffassung des Westfälischen Friedens entsprach sie nicht.

§ 8. B. Bestimmungen über die Rechte der Reichsstände in ihrem Verhältniss zum Reiche und unter einander hinsichtlich der Religion.

Im Westfälischen Frieden wurde mit Bezug auf die Reichsstände¹⁾ in ihrem Verhältniss zum Reiche und unter einander der Grundsatz aufgestellt, welcher allmählich, über den Kreis der Reichsstände und der Reichsunmittelbaren hinaus, immer

maliger Zeit, wie Pütter selbst es zugiebt, Niemand daran dachte, die jüdische Religion auch nur in irgend einer Beziehung mit der katholischen oder der protestantischen zu vergleichen. s. Majer Geistliches Staatsrecht II S. 72.

¹¹⁾ R. A. v. 1555 § 17. R. A. v. 1566 § 5.

¹²⁾ Moser: Von der teutschen Religions-Verfassung S. 24 ff.

¹⁾ Ueber die freien Reichsritter sagte, in Wiederholung der Bestimmung des Religionsfriedens, I. P. O. V 28: »vigore Pacis religiosae et praesentis conventionis in juribus religionem concernentibus et beneficiis inde promanantibus, idem jus habeant, quod superdictis Electoribus, Principibus et Statibus competit, nec in iis sub quocunque praetextu impediuntur aut turbentur, turbati vero omnes omnino in integrum restituantur«.

weiter ausgedehnt die Grundlage aller Religionsfreiheit in Deutschland geworden ist und auf die ganze Entwicklung der Religionsverhältnisse, zunächst unter Katholiken und Protestanten, den entscheidensten Einfluss ausgeübt hat. Derselbe lautet:²⁾

»In reliquis omnibus autem inter utriusque religionis
»Electores, Principes, Status omnes et singulos sit aequa-
»litas exacta mutuaque quatenus formae Reipubli-
»cae, Constitutionibus Imperii et praesenti Conventioni
»conformis est, ita ut quod uni parti justum est, alteri
»quoque sit justum«.

Hiernach sollte aequalitas exacta mutuaque unter katholischen und protestantischen Reichsständen herrschen mit der fast selbstverständlichen Einschränkung,³⁾ soweit dies der Staatsverfassung, den Reichsgesetzen, besonders den ausdrücklich vorher bestätigten, und dem Westfälischen Frieden selbst gemäss sei. Fast alle weiteren Bestimmungen des Westfälischen Friedens, welche die Reichsstände betreffen, waren eigentlich weiter nichts als die Consequenzen dieses Grundsatzes, und wenn auch thatsächlich viele Ungleichheiten bestehen blieben, so wurde jener Satz rechtlich doch in allen wesentlichen Punkten durchgeführt.

Die einzelnen Bestimmungen sind nun die folgenden:

1. Als Termin der Restitution wurde für alle Reichsstände und ebenso für die Reichsunmittelbaren der 1. Januar 1624 festgestellt; in den Stand, in dem ein jeder an jenem Tage gewesen war, sollte er wieder hergestellt werden⁴⁾.

²⁾ I. P. O. V 1.

³⁾ Durch diese Klausel wollte man den etwaigen Ansprüchen der Protestanten auf thatsächliche Gleichmachung in allen Punkten z. B. in Bezug auf die Zahl der Stimmen auf dem Reichstag begegnen und die Verbindlichkeit des Westfälischen Friedens auch gegenüber diesem Grundsatz und seinen Consequenzen feststellen. Moser Von der teutschen Religions - Verfassung S. 111.

⁴⁾ I. P. O. V. 2.

2. Auch hinsichtlich des geistlichen Vorbehaltes, welcher auch auf die Protestanten ausgedehnt wurde, sollte *exacta mutuaque aequalitas* unter katholischen und protestantischen Reichsständen herrschen; von den reichsunmittelbaren geistlichen Gütern sollte jede Partei das, was sie am 1. Januar 1624 besessen hatte, auch ferner behalten ⁵⁾ Trat der Inhaber eines solchen reichsunmittelbaren geistlichen Gutes zu einer anderen Religion über, so verlor er damit *ipso iure*, aber, wie es hiess, *honore famaue illibatis*, ⁶⁾ sein Beneficium — Dem Wortlaute nach war durch diese Bestimmung zwar eine vollkommene rechtliche Gleichheit hergestellt, tatsächlich aber entstand durch dieselbe eine grosse Ungleichheit zum Nachtheile der Protestanten, weil an dem genannten Termine die meisten reichsunmittelbaren geistlichen Güter in den Händen der Katholiken gewesen waren. ⁷⁾

3. Auf den Reichstagen sollte in folgenden drei Fällen die *pluralitas votorum* der Reichsstände der einen Confession gegenüber denen der anderen unwirksam sein: ⁸⁾

a. in Religionssachen;

b. in allen Sachen »ubi Status tamquam unum corpus »considerari nequeunt« d. h. bei denen es sich um iura singulorum, um wohlerworbene Rechte eines einzelnen Reichsstandes handelte;

c. in allen Sachen, bei welchen eine itio in partes der beiden Religionsparteien stattfand — »ut etiam Catholicis et »Augustanae Confessionis Statibus in duas partes euntibus.«

⁵⁾ I. P. O. V 14

⁶⁾ I. P. O. V 15. Das Gleiche setzte diese Stelle des Westfälischen Friedens für alle Geistlichen überhaupt fest.

⁷⁾ Pütter: Geist des Westfälischen Friedens S. 120 ff. 358

⁸⁾ I. P. O. V 52: »In causis Religionis omnibusque aliis negotiis, ubi »Status tamquam unum corpus considerari nequeunt, ut etiam Catholicis »et Augustanae Confessionis Statibus in duas partes euntibus, sola amicable composio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate.« S. Majer Geistliches Staatsrecht I. S. 241. 268. 269.

In diesen Fällen konnte die betreffende Angelegenheit nur durch eine *amicabilis compositio* zwischen beiden Parteien entschieden werden.

Es war dies die weitaus wichtigste Consequenz der *exacta mutuaque aequalitas*, denn dadurch wurde auf dem Reichstage rechtlich die Gesamtheit der protestantischen Reichsstände der Gesamtheit der katholischen Reichsstände gleichgestellt, obgleich die katholischen Reichsstände an Zahl den Protestanten weit überlegen waren. Auf diese Weise wurden für die Zukunft alle für die protestantischen Reichsstände gefährlichen Beschlüsse auf dem Reichstage unmöglich gemacht, sobald diese nur unter einander fest zusammenhielten⁹⁾.

4. In Betreff der beiden Reichsgerichte, des Reichskammergerichts und des Reichshofraths wurden folgende Bestimmungen getroffen¹⁰⁾:

a. Beim Reichskammergerichte erhielten — abgesehen von dem Kammerrichter und den vier Präsidenten, deren Ernennung dem Kaiser allein zustand mit der Massgabe, dass immer zwei von ihnen den Augsburgerischen Confessionsverwandten angehören mussten, — die katholischen und die protestantischen Reichsstände das Recht die gleiche Anzahl von Assessoren, nämlich je 24 zu präsentiren; ausserdem durfte der Kaiser noch zwei weitere Assessoren präsentiren, so dass im Ganzen 26 katholische und 24 protestantische Assessoren angestellt werden sollten. Um aber alle Gefahren einer parteiischen Rechtsprechung, die etwa aus der Religionsverschiedenheit hervorgehen könnten, zu beseitigen, wurde bestimmt, dass, nicht nur wenn Reichsstände verschiedener Religion bei einem Prozesse einander als Kläger und Beklagter gegenüberstanden,

⁹⁾ Die einzelnen Bestimmungen über die ordentlichen Reichsdeputationsconvente und die ausserordentlichen Commissionen, bei denen in gewissen Fällen Gleichheit der Zahl der Mitglieder von beiden Confessionen angeordnet wurde, s. I. P. O. V 51.

¹⁰⁾ I. P. O. V §§ 53—55.

sondern auch, wenn bei einem Prozesse zwischen Reichsständen derselben Religion ein Reichsstand anderer Religion intervenirte, eine gleiche Zahl von Assessoren von jeder von beiden Religionen den Prozess entscheiden sollte.

b. Hinsichtlich des Reichshofraths wurde dem Kaiser durch den Westfälischen Frieden die Verpflichtung auferlegt, einige Assessoren Augsburgerischer Confession anzustellen¹¹⁾, um in denselben Fällen, wie beim Reichskammergericht, die Prozesse von einer gleichen Anzahl von katholischen und von protestantischen Assessoren entscheiden zu lassen. Für den Fall, dass bei den Reichsgerichten über die Auslegung von Reichsgesetzen Zweifel entständen oder bei der Entscheidung eines unter Reichsständen verschiedener Religion geführten Prozesses die Meinungen der Assessoren der einen Religion denen der Assessoren der anderen gegenüberständen, sollte der Streit an den Reichstag verwiesen und dort entschieden werden¹²⁾. Alsdann griff die Bestimmung Platz, wonach über Zweifel, welche den Augsburger Religionsfrieden oder den Westfälischen Frieden selbst betrafen, unter den Reichsständen beider Confessionen ein Vergleich »non nisi amabili ratione« herbeigeführt werden sollte¹³⁾.

Zum Schlusse ist noch auf die Bestimmung des Westfälischen Friedens über die Suspension der geistlichen Gerichtsbarkeit hinzuweisen; eine solche war schon im Religionsfrieden enthalten, hatte aber durch ihre zweideutige Fassung späterhin mannichfachen Anlass zu Streitigkeiten geboten. Nunmehr¹⁴⁾ wurde die Suspension aller geistlichen Gerichtsbarkeit

¹¹⁾ Der Kaiser versprach, dass immer ein Drittel der Mitglieder des Reichshofrathes d. h. von 18 Mitgliedern 6 protestantisch sein sollten, und zwar in späterer Zeit von diesen stets Einer reformirt. Moser: V. der teutschen Religions-Verfassung S. 566.

¹²⁾ I. P. O. V 55.

¹³⁾ I. P. O. V 50.

¹⁴⁾ I. P. O. V 48.

der katholischen Bischöfe ¹⁵⁾ über protestantische Landesherren — einschliesslich der protestantischen freien Reichsritter — und deren Unterthanen mit klaren Worten ausgesprochen und festgesetzt: »intra terminos Territorii cuiusque jus Dioecesanum et jurisdictio Ecclesiastica se contineat« ¹⁶⁾.

C. Bestimmungen über das *ius reformandi*
der Landesherren.

§ 9. I. Das *ius reformandi* der katholischen, bez. protestantischen Landesherren gegenüber ihren protestantischen bez. katholischen Unterthanen.

Ganz anders als im Reiche gestalteten sich durch den Westfälischen Frieden die Religionsverhältnisse in den einzelnen Territorien. Bei den Friedensverhandlungen hatten sich die Protestanten auf das eifrigste bemüht, es durchzusetzen, dass den Unterthanen die Wahl des Bekenntnisses freigestellt, in der Sprache der damaligen Zeit, ihnen Autonomie gewährt werde ¹⁾, aber gegenüber dem hartnäckigen Widerstande der Katholiken, welche für das *ius reformandi* der Landesherren eintraten, sahen sie sich genöthigt immer mehr von ihrer Forderung nachzugeben und konnten schliesslich nur einige, allerdings recht wesentliche Beschränkungen des *ius reformandi* durchsetzen.

¹⁵⁾ Die beiden Ausnahmen, welche man machte, s. I. P. O. V 48 vgl. Pütter: Geist des Westf. Friedens S. 434. Moser: Von der teutschen Religions-Verfassung S. 808.

¹⁶⁾ Es wurde auch ausdrücklich hervorgehoben, dass kein protestantischer Reichsstand über einen anderen sich irgend welche geistliche Gerichtsbarkeit anmassen dürfe, damit nicht etwa ein protestantischer Reichsstand, dem ein säcularisirtes Bisthum zugefallen war, nun auch die geistliche Gerichtsbarkeit, welche einst der betreffende Bischof besessen hatte, geltend zu machen versuche. I. P. O. V 48 vgl. I. P. O. V 24. Pütter Geist des Westfälischen Friedens S. 446.

¹⁾ Majer: Geistliches Staatsrecht II. S. 121.

In Folge dessen wurde im Friedensschlusse das *ius reformandi* der Landesherrn in dem Sinne, wie es sich seit dem Augsburger Religionsfrieden entwickelt hatte, als mit dem *Ius Territorii et Superioritatis* d. h. der Landeshoheit »ex »communi per totum Imperium hactenus usitata praxi« verbundenes Recht reichsgesetzlich anerkannt²⁾. Die Bedingung für die Ausübung dieses Rechtes war sonach der Besitz der Landeshoheit³⁾.

Nach dem Wortlaute des Westfälischen Friedens wurde das *ius reformandi* bezeichnet als das *ius reformandi exercitium religionis* d. h. das Recht des Landesherrn das Religionswesen in seinem Lande zu bestimmen⁴⁾. In dieser Weise hatte sich dieses Recht seit dem Augsburger Religionsfrieden in fortwährender Uebung entwickelt, und so war es schon im Prager Frieden gelegentlich anerkannt worden; jetzt erhielt diese Begriffsbestimmung des *ius reformandi* die feierliche Bestätigung für ganz Deutschland.

Das *ius reformandi* als das Recht das Religionswesen im Lande zu bestimmen, enthielt nun im Einzelnen folgende Rechte:

1. Hinsichtlich der im Reiche als solchem recipirten Religionen hatte der Landesherr

2) I. P. O. V 30: »Quantum deinde ad Comites, Barones, Nobiles, »Vasallos, Civitates, Foundationes, Monasteria, Commendas, Communitates et subditos Statibus Imperii immediatis sive Ecclesiasticis sive »secularibus subjectos pertinet: cum ejusmodi Statibus immediatis cum »Jure Territorii et Superioritatis, ex communi per totum Imperium hactenus usitata praxi, etiam jus reformandi exercitium Religionis competit, . . . conventum est, hoc idem porro ab utriusque Religionis Statibus observari, nullique statui immediato jus, quod ipsi ratione Territorii et Superioritatis in negotio Religionis competit, impediri oportere.«

3) Allen anderen, die nicht die Landeshoheit besaßen, wurde das *ius reformandi* abgesprochen. Dies besagte I. P. O. V. 42 in Bezug auf die Lehensherrn und I. P. O. V 44 bestimmte: »Sola criminalis jurisdictionis, Cent-Gericht, solumque jus gladii et retentionis, patronatus, filialitatis neque conjunctim neque divisim jus reformandi tribuunt.«

4) Majer: Geistliches Staatsrecht II. S. 158. 175. 179.

a. das Recht zu bestimmen, welche von ihnen als Religion des Landes gelten sollte.

b. Wollte er ausser dieser einen Religion noch eine weitere im Lande zulassen, so konnte er für diese den Umfang ihrer Rechte nach seinem eigenen Belieben festsetzen.

c. Der Landesherr besass jenen Religionen als solchen gegenüber das Recht, sie, sofern sie nicht durch ein Gesetz bereits Aufnahme in seinem Lande gefunden hatten, überhaupt ganz vom Gebiete seines Territoriums auszuschliessen.

2. Der Landesherr hatte das Recht diejenigen Unterthanen, welche sich nicht zu der Landesreligion oder einer etwa daneben im Lande aufgenommenen Religion, sondern einer anderen im Reiche als solchem recipirten Religion bekannten, entweder zu dulden und alsdann die Bedingungen der ihnen gewährten Duldung nach eigenem Belieben festzusetzen oder, falls er sie nicht dulden wollte, zur Auswanderung aus seinem Lande zu nöthigen.

Gegenüber diesem an und für sich unumschränkten Rechte des Landesherrn gelang es jedoch den Protestanten, wie oben gesagt, gewisse Beschränkungen desselben zu Gunsten derjenigen Unterthanen durchzusetzen, welche sich zu einer anderen Religion als der Landesherr, bekannten. Man bestimmte⁵⁾, dass alle Unterthanen⁶⁾, welche in irgend einem Theile des

⁵⁾ I. P. O. V 31: »Hoc tamen non obstante, Statuum Catholicorum »Landsassii Vasalli, et Subditi cuiuscunque generis, qui sive publicum »sive privatum Aug. Confessionis exercitium anno 1624. quacunque anni »parte, sive certo pacto aut privilegio, sive longo usu, sive sola denique »observantia dicti anni habuerunt, retineant id etiam imposterum una »cum annexis, quatenus illa dicto anno exercuerunt, aut dicto anno exercita fuisse probare poterunt. Cujusmodi annexa habentur institutio »Consistoriorum, Ministeriorum, tam Scholasticorum, quam Ecclesiasticorum, Jus patronatus, aliaque similia jura, nec minus maneat in »possessione omnium dicto tempore in potestate eorum constitutorum »templorum, foundationum, monasteriorum, hospitalium cum omnibus pertinentiis, redditibus et accessionibus«.

⁶⁾ Die Frage, ob bei dem exercitium religionis publicum und pri-

Jahres 1624 das Exercitium religionis publicum oder privatum⁷⁾ gehabt hatten, dasselbe auch ferner sammt den Annexa, welche sie in jenem Jahre besessen hatten, behalten sollten⁸⁾. Ausserdem wurde ihnen der Besitz aller Kirchengüter, welche sie im Jahre 1624 gehabt hatten, ausdrücklich vorbehalten⁹⁾. In dieser Weise hatte man den langwierigen Streit über die Rechtsgültigkeit der Deklaration Ferdinands I. vom Jahre 1555 beigelegt, indem man sich in dem Friedensschlusse dahin einigte, nicht das Recht der Unterthanen auf die Religionsübung, sondern nur die Thatsache des Besitzes der Religionsübung und deren Annexa seitens der Unterthanen in irgend einem Theile des Jahres 1624, und zwar ohne die in jener Deklaration enthaltene Beschränkung auf die Unterthanen der katholischen geistlichen Fürsten, als massgebend anzusehen.

Gegenüber diesen Unterthanen nun, welche in dem als Normaljahr festgesetzten Jahre 1624 das exercitium religionis publicum oder privatum gehabt hatten, beschränkte sich das ius reformandi des Landesherrn auf Folgendes¹⁰⁾:

vatum und den damit zusammenhängenden Rechten in erster Linie die Kirche als solche oder die Einzelnen berechtigt sind, mag hier noch unerledigt bleiben und erst später bei Gelegenheit der Darlegungen über den Art. 16 der deutschen Bundes-Acte erörtert werden. Hier wollen wir uns zunächst an den Wortlaut des Westfälischen Friedens halten und dem gewöhnlichen Sprachgebrauche folgen.

7) Charakteristisch für das Exercitium religionis publicum sowohl wie auch privatum war, dass beide das Vorhandensein einer Gemeinde und die Leitung des Gottesdienstes durch einen Geistlichen voraussetzten. Je nachdem nun mit diesem Exercitium religionis besondere Zeichen der Oeffentlichkeit wie Glocken, Thürme u. s. w. verbunden waren oder nicht, unterschied man ein exercitium religionis publicum und privatum. Das Nähere s. bei Majer: Geistliches Staatsrecht II. S. 77. Moser: Von der deutschen Religions-Verfassung S. 124. 127.

8) Danach, wieviel von jenen Annexa mit dem Exercitium religionis publicum oder privatum verbunden war, unterschied man verschiedene Grade des Exercitium religionis publicum und privatum. Das Nähere s. bei Moser: Von der deutschen Religions-Verfassung S. 125 ff.

9) Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 536.

10) Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 654.

a. Ueber alles, was die Unterthanen im Jahre 1624 nicht besessen hatten, konnte der Landesherr derart frei verfügen, dass er ihnen, wenn er wollte, mehr bewilligen konnte. Er konnte aber umgekehrt auch alles wieder in der Weise herstellen, wie es im Jahre 1624 gewesen war. Denn alle Verträge des Landesherrn mit seinen Unterthanen »de publico vel etiam privato exercitio Religionis introducendo, permitiendo et conservando« sollten nur gelten »quatenus observantiae dicti anni 1624. non adservantur«¹¹⁾.

b. Mit dem freien Willen der Unterthanen, »mutuo consensu«, aber nur so, war es dem Landesherrn gestattet den gemäss dem Besitze im Jahre 1624 eingerichteten Zustand zu verändern oder sogar ganz aufzuheben.

Dagegen wurde dem Landesherrn den Unterthanen, welche im Jahre 1624 das Exercitium religionis publicum oder privatum gehabt hatten, gegenüber die aus dem ius reformandi hervorgehende Befugniss, Unterthanen, welche sich zu einer anderen Religion, als er selbst, bekannten, zur Auswanderung zu zwingen, ganz entzogen.

Zur vollen Wirksamkeit kam das ius reformandi des Landesherrn denjenigen Unterthanen gegenüber, welche sich zu einer anderen Religion als der Landesherr bekannten und im Jahre 1624 weder öffentliche noch private Religionsübung gehabt hatten; nur für die Art und Weise der Ausübung desselben wurden hier gewisse Normen festgestellt. Der Landesherr konnte solche Unterthanen nicht nöthigen zu seiner Religion überzutreten, wohl aber ihnen den Aufenthalt im Lande versagen und sie zur Auswanderung zwingen. Andererseits wurde aber auch den Unterthanen das Recht der Religion wegen auszuwandern, welches ihnen schon im Religionsfrieden gewährt worden war, von Neuem bestätigt.¹²⁾

¹¹⁾ I. P. O. V 33. Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 587. Von der teutschen Religions-Verfassung S. 212. —

¹²⁾ I. P. O. V 30: »... cum ... dudum in Pace Religionis talium

Dabei suchte der Westfälische Frieden wenigstens die härtesten Folgen der Ausweisung oder auch der freiwilligen Auswanderung, namentlich hinsichtlich des Vermögens, abzuwenden. Der Landesherr musste solchen Unterthanen, welche sich schon zur Zeit des Westfälischen Friedens zu einer anderen Religion bekannten, mindestens fünf Jahre, solchen, die erst nach dem Frieden zu einem andern Bekenntnisse übertraten, mindestens drei Jahre Zeit zur Vorbereitung der Auswanderung lassen.¹³⁾ Auch sollten die auswandernden Unterthanen zum Verkaufe ihrer liegenden Güter nicht gezwungen werden; sie durften dieselben vielmehr behalten und durch ihre Diener verwalten lassen, auch selbst, so oft es nöthig war, »ad res suas inspiciendas vel lites persecuendas aut debita exigenda« ohne besondere Erlaubnis in ihre Heimath zeitweilig zurückkehren¹⁴⁾. Um ihnen aber auch nach der Aus-

»Statuum subditis, si a Religione Domini territorii dissentiant, beneficium emigrandi concessum . . . fuerit, conventum est, hoc idem porro ab utriusque Religionis Statibus observari«. Ein Fortschritt gegenüber dem Religionsfrieden zeigte sich im Westfälischen Frieden insofern, als nach letzterem auch Leibeigenen, die der Religion wegen auswandern wollten, der Leibeigenschaft wegen kein Hinderniss in den Weg gelegt werden durfte, während der Religionsfriede (§ 24) es ganz in die Hand des Herrn gelegt hatte, ob er sie ziehen lassen wollte oder nicht.

I. P. O. V 37: » . . . multo minus spontaneam suscipientibus emigrationem servitutis aut ullo alio praetextu impedimentum inferatur«. Moser V. D. Landeshoheit im Geistl. S. 861.

¹³⁾ I. P. O. V 37. Fünf Jahre Zeit zur Vorbereitung der Auswanderung musste der Landesherr auch denjenigen gewähren »qui ob calamitates bellicas evitandas, non tamen animo transferendi domicilium, alio emigrarunt, et facta Pace in Patriam redire volunt«.

¹⁴⁾ I. P. O. V. 36: »Quod si vero subditus, qui nec publicum nec privatum suae Religionis Exercitium anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto habuit, vel etiam, qui post publicatam Pacem religionem mutabit, sua sponte emigrare voluerit, aut a Territorii Domino iussus fuerit, liberum ei sit, aut retentis bonis aut alienatis discedere, retenta per ministros administrare, et quoties ratio id postulat, ad res suas inspiciendas vel persecuendas lites aut debita exigenda, libere et sine litteris commeatus adire.« Merkwürdig ist es, dass Zachariae

wanderung ihr Fortkommen zu ermöglichen, ordnete der Westfälische Friede an, dass ihnen die nothwendigen Zeugnisse über ihre Herkunft, ihre Freilassung (bei ehemals Leibeigenen), ihre Fertigkeit in einem Handwerk und über ihren Lebenswandel ausgestellt werden müssten, und ebenso dass ihnen nicht durch Reverse lästige Bedingungen¹⁵⁾, z. B. nur nach einem bestimmten Orte auszuwandern, auferlegt oder von ihrem Vermögen grosse Abzüge gemacht würden; das ortsübliche *ius detractus* dagegen war auch ihnen gegenüber statthaft.¹⁶⁾

(Zeitschrift für deutsches Staatsrecht Bd. I S. 28) sagt, den Ausgewanderten sei »zur Wahrnehmung ihrer Religionsinteressen der freie Zutritt im Lande, so oft es die Nothdurft erfordere,« durch den Westfälischen Frieden gestattet worden. Um Religionsinteressen kann es sich hier sicherlich nach dem ganzen Zusammenhange und dem Wortlaute der Stelle nicht handeln, sondern lediglich um Vermögensinteressen. Welche Religionsinteressen ausserdem ein der Religion wegen Ausgewandelter in seiner ehemaligen Heimath haben sollte, ist doch nicht wohl einzusehen.

¹⁵⁾ Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 863.

¹⁶⁾ I. P. O. V 37: »... neque sive voluntarie sive coacte emigranti-
bus nativitatis, manumissionis, noti opificii, honestae vitae testimonia
denegentur, aut iidem reversalibus inusitatis vel decimationibus sub-
stantiae secum exportatae plus aequo extensis praegraventur.« Aus
den von der Emigration der Unterthanen handelnden Stellen des West-
fälischen Friedens, I. P. O. art. V §§ 36, 37, wollte die katholische Doc-
trin des 17. und 18. Jahrhunderts (s. z. B. Ditterich: *Primae Lineae Jur.*
Publ. Eccles. S. 424) ein Transplantationsrecht des Landesherrn herleiten
d. h. die Befugniss des Landesherrn seine Unterthanen anderer Religion,
die im Jahre 1624 keine öffentliche oder private Religionsübung gehabt
hatten, aus dem einen Theil seines Landes in einen andern zu ver-
pflanzen. Hiervon findet sich aber in der ganzen Stelle keine Spur.
(Vgl. Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 867). Wie wenig
überhaupt die in I. P. O. V §§ 36, 37 zum Schutze der Unterthanen ge-
troffenen Bestimmungen unter Umständen halfen, zeigten besonders die
Vorgänge um das Jahr 1730 in Oesterreich und Salzburg. Abgesehen
davon, dass man kraft jenes vorgeblichen Transplantationsrechts Unter-
thanen Augsburgischer Confession aus Tirol nach Siebenbürgen brachte
und dort ansiedelte, suchte man denen, welche ihre Absicht auszuwan-
dern erklärten, die Berechtigung zur Auswanderung abzusprechen, indem
man behauptete, sie seien gar nicht Augsburgische Confessions-Ver-

Wollte der Landesherr gegenüber seinen Unterthanen anderer Religion, »qui Anno 1624, publicum vel etiam privatum Religionis suae Exercitium nulla anni parte habuerunt,« von seiner Befugniss sie zur Auswanderung zu nöthigen, keinen Gebrauch machen, sondern sie vielmehr im Lande dulden, so durfte er ihnen gewisse Rechte nicht entziehen, im Uebrigen aber konnte er die Bedingungen der ihnen gewährten Toleranz nach eigenem Belieben bestimmen.

Was zunächst die religiösen Beziehungen betrifft, so musste der Landesherr solchen Unterthanen gestatten, »scientia libera domi devotioni suae sine inquisitione aut turbatione vacare«¹⁷⁾ d. h. die devotio domestica simplex, die

wandte, sondern Sektirer und infolgedessen gar nicht durch jene Bestimmungen geschützt. Moser a. a. O. S. 841 ff.

¹⁷⁾ I. P. O. V § 34: »Placuit porro, ut illi Catholicorum subditi Augustanae Confessionis addicti, ut et Catholici Augustanae Confessionis Statuum subditi, qui Anno 1624. publicum vel etiam privatum Religionis suae Exercitium nulla anni parte habuerunt, nec non, qui post pacem publicatam, deinceps futuro tempore diversam a Territorii domino Religionem profitebuntur, et amplectentur, patienter tolerantur, et conscientia libera domi devotioni suae, sine inquisitione aut turbatione privatim vacare, in vicinia vero, ubi et quoties voluerint, publico Religionis exercitio interesse, vel liberos suos exteris suae Religionis Scholis aut privatis domi Praeceptoribus instruendos committere non prohibeantur, sed ejusmodi Landsassii, Vasalli et Subditi in caeteris officium suum cum debito obsequio et subjectione adimpleant, nullisque turbationibus ansam praebeant«. Vgl. Moser Von der teutschen Religions-Verfassung S. 130 ff. Dass in dieser Stelle die devotio domestica qualificata d. h. die Hausandacht unter Leitung eines Geistlichen gemeint sei, wird durch nichts bewiesen, und es ist auch nach dem ganzen Zusammenhange nicht wohl denkbar, dass der Landesherr solchen Unterthanen, die er sogar aus dem Lande weisen konnte, gestatten musste, zu ihrem häuslichen Gottesdienste einen Geistlichen zuzuziehen. Dann wäre ja auch die ausdrückliche Erlaubniss, die öffentliche Religionsübung ausserhalb des Landes zu besuchen, eigentlich vollkommen überflüssig gewesen, da alsdann diese Unterthanen den Forderungen ihrer Religion zu Hause durch Abhaltung des Gottesdienstes unter Leitung eines Geistlichen genügen konnten; dies ist aber keineswegs anzunehmen. Völlig unrichtig ist die Behauptung v. Linde's (Gleichberechtigung der Augsburgerischen Confession

einfache Hausandacht, welche der Hausvater allein mit seinen Hausgenossen abhält, auszuüben und ausserdem in der Nachbarschaft ausserhalb des Landes, »ubi et quoties voluerint, »publico Religionis exercitio interesse«.

Ihre Kinder durften sie auf fremden Schulen ihrer Confession oder »privatis domi praeceptoribus« unterrichten lassen.

In Bezug auf diese Unterthanen, welche sich zwar zu einer anderen Religion bekannten als der Landesherr, aber von ihm im Lande geduldet wurden, bestimmte der Westfälische Friede noch weiter folgendes:¹⁸⁾ »Sive autem Catho-
»lici, sive Augustanae Confessionis fuerint subditi, nullibi ob
»Religionem despiciantur, nec a mercatorum, opificum,
»aut tribuum communione, hereditatibus, legatis, eleemosynis
»aliisve juribus aut commerciis, honoreve sepulturae arcean-
»tur, aut quicquam pro exhibitione funeris a superstitibus
»exigatur, praeter cuiusque Parochialis Ecclesiae jura pro de-
»mortuis pendi solita; sed et in his et similibus pari cum
»concivibus jure habeantur, aequali justitia protectioneque tuti.«

Am bemerkenswerthesten ist ohne Zweifel der Schlusssatz dieser Bestimmung, denn hier wird der im Reiche als solchem unter den beiden Confessionen, der katholischen und der protestantischen, geltende Grundsatz der exacta mutuaque aequalitas auch auf die in den Territorien bezüglichlichen Rechtsnormen erstreckt, wenn auch nur in sehr beschränkter Anwen-

mit der katholischen Religion in Deutschland.« S. 123), der Westfälische Friede unterscheide nur exercitium religionis publicum und privatum, öffentliche und private Religionsübung oder öffentlichen und Privatgottesdienst; devotio domestica sei dasselbe, wie der Privatgottesdienst, so dass zwischen Hausandacht und Privatgottesdienst kein Unterschied hinsichtlich der Form der Ausübung, sondern nur etwa in Betreff des Grundes der Befugniss zur Ausübung bestehe. Dem ist jedoch keineswegs so. Vielmehr stellt I. P. O. V § 34 dem Exercitium religionis publicum und privatum ganz scharf die devotio domestica als etwas grundsätzlich Verschiedenes entgegen. Vgl. hierzu Majer: Geistliches Staatsrecht II S. 77, 82, 88.

¹⁸⁾ I. P. O. V. 35.

dung. Aber immerhin war es doch sehr wesentlich, dass dieser sonst nur für die Reichsstände geltende Grundsatz wenigstens in einer Beziehung erst einmal auch hinsichtlich der Unterthanen in den einzelnen Territorien anerkannt, und hierdurch also allen Unterthanen, welche sich zu einer der im Reiche anerkannten Confessionen bekannten, Gleichheit im Genusse der bürgerlichen Rechte zugesichert wurde. Denn dies soll es doch offenbar bedeuten, wenn nach Nennung einzelner besonderer Rechte, wie der Theilnahme an den Kaufmannsgilden, den Zünften, der Berechtigung zum Erwerbe von Erbschaften und Vermächtnissen, bei denen der Religion wegen Niemand ausgeschlossen werden sollte, zuletzt allgemein gesagt wird, dass die geduldeten Unterthanen »nec aliis »juribus aut commerciiis arceantur«.

Dem in dieser Hinsicht geltenden Grundsätze der *aequalitas* entsprach es auch, wenn, neben der Zusicherung gleichen Rechtsschutzes für alle Unterthanen, ausdrücklich hervorgehoben wurde, Niemand dürfe seiner Religion wegen verachtet oder von dem öffentlichen Kirchhofe¹⁹⁾ und dem ehrlichen Begräbnisse ausgeschlossen werden. Hierdurch erst wurde für die katholischen und die protestantischen Unterthanen in den Territorien ein ruhiges Zusammenleben ermöglicht und den Ausschreitungen des confessionellen Hasses seitens der Anhänger der Landeskirche gegenüber den nur geduldeten Unterthanen eine Schranke gesetzt. Von den allgemeinen Regeln, welche der Westfälische Friede für das Verhältniss zwischen Katholiken und Protestanten in den Territorien aufstellte, machte derselbe folgende drei Ausnahmen.

1. In Ländern, welche ein Reichsstand einem anderen vor Menschen Gedenken verpfändet hatte, sollte für den Fall, dass dieselben eingelöst wurden, der Einlösende berechtigt

¹⁹⁾ Das Nähere s. bei Moser: Von der teutschen Religions-Verfassung S. 169.

sein, »suae Religionis exercitium publice introducere«, aber die Unterthanen anderer Religion durfte er nicht zwingen auszuwandern »aut suam, quam sub priori possessore hujusmodi terrarum oppignoratarum amplexi fuerant, Religionem deserere«. Ob freilich der Landesherr, welcher das verpfändete Gebiet einlöste, solchen Unterthanen öffentliche Religionsübung gewähren wollte, war ganz in sein Belieben gestellt, der Besitzstand des Entscheidungsjahres 1624 kam in diesem Falle den Unterthanen nicht zu Statten; denn es hiess im Westfälischen Frieden mit Bezug auf die Unterthanen: »de publico vero suae Religionis exercitio inter ipsos et reluentem Dominum directum transigatur²⁰⁾«.

2. In streitigen Territorien sollte bis zu einer endgültigen Entscheidung derjenige, welcher im Jahre 1624 den Besitz gehabt hatte, hinsichtlich der öffentlichen Religionsübung zwar die vollen Rechte besitzen wie alle anderen Landesherrn, aber andererseits nicht befugt sein, Unterthanen, die »pendente territorii controversia« zu einer anderen Religion übertraten, aus dem Lande zu treiben²¹⁾.

3. Die weitaus wichtigste, weil umfassendste Ausnahme, welche im Westfälischen Frieden von den vereinbarten allgemeinen Bestimmungen gemacht wurde, betraf die österreichischen Erblände²²⁾. Die dortigen protestantischen Unterthanen wurden durch den Westfälischen Frieden in dem Besitze dessen, was sie im Normaljahre 1624 gehabt hatten, nicht geschützt. Der Kaiser lehnte es ausdrücklich ab, ein Recht seiner Unterthanen in dieser Beziehung anzuerkennen. Nur für Schlesien machte er einige Zugeständnisse, aber nur aus Gnade auf die Intervention Schwedens und der Reichstände Augsburgischer Confession hin. Hiernach behielten

²⁰⁾ I. P. O. V 27.

²¹⁾ I. P. O. V 43. Pütter: Geist des Westfälischen Friedens S. 402.

²²⁾ I. P. O. V. §§ 38—41.

die Herzoge von Brieg, Liegnitz, Münsterberg und Oels, sowie die Stadt Breslau ihre von dem Kaiser vor dem Kriege ertheilten Rechte und Privilegien und das »Exercitium Aug. »Confess.«. In allen übrigen Herzogthümern Schlesiens, »qui »immediate ad Cameram Regiam spectant«, sollten die protestantischen Unterthanen nicht ihrer Religion wegen zur Auswanderung genöthigt werden, und es wurde ihnen gestattet, dem öffentlichen Gottesdienste ihrer Religion »in locis vicinis »extra territorium« beizuwohnen. Die freiwillige Auswanderung der Religion wegen mit oder ohne Verkauf der Güter wurde ihnen freigestellt und im letzteren Falle auch freier Zutritt im Lande »rerum suarum inspiciendarum et curandarum »causa« gewährt. Aus ganz besonderer Gnade versprach der Kaiser im Westfälischen Frieden den schlesischen Protestanten die Erbauung von drei Kirchen auf ihre Kosten zu erlauben. Zur Uebernahme weiterer Verpflichtungen verstand er sich nicht²³⁾).

§ 10. II. Bestimmungen über das ius reformandi protestantischer Landesherren gegen protestantische Unterthanen anderer Confession.

Was die Protestanten gegenüber den Katholiken nicht hatten erreichen können, dass nämlich den Unterthanen frei gestattet würde von einer Religion zur andern überzutreten, das führten sie wenigstens unter einander durch, indem die lutherischen und die reformirten Reichsstände gegenseitig ihre Unterthanen, die einer dieser beiden Confessionen angehörten, der Gewissensfreiheit in dem Sinne, wie sie dieselbe verstan-

²³⁾ Pütter: Geist des Westfälischen Friedens S. 321 ff.

Pütter: Systematische Darstellung der Pfälzischen Religionsbeschwerden S. 28.

Moser: Von der teutschen Religions-Verfassung S. 116. 201.

Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 337. 362. 861.

den¹⁾, versicherten; demgemäss gewährten sie einem jeden protestantischen Unterthan, der einem anderen Bekenntnisse, als der Landesherr, angehörte, zum wenigsten Hausandacht und den vollen Genuss der bürgerlichen Rechte und beschränkten das *ius reformandi* insoweit, dass sie sich verpflichteten keinen derselben aus dem Lande zu weisen. Andererseits sollte jedoch die Gleichstellung der Reformirten mit den Augsburgischen Confessions-Verwandten den bis dahin schon von den protestantischen Reichsständen unter einander oder mit ihren Unterthanen geschlossenen Verträgen, Privilegien, Reversalien, »quibus de Religione ejusque exercitio et inde dependentibus cujusque loci Statibus et subditis hucusque provisum est«, keinen Abbruch thun²⁾.

Das *ius reformandi* eines protestantischen Landesherrn gegenüber protestantischen Unterthanen anderer Confession bestand also fortan darin, dass er denselben je nach Belieben einen höheren oder niedrigeren Grad der Religionsübung gewähren oder auch dieselben nur auf die Hausandacht beschränken konnte. Besondere Bestimmungen wurden über die Ausübung des *ius reformandi* für den Fall getroffen, dass ein protestantischer Landesherr von dem einen protestantischen Bekenntnisse zu dem andern übertrat³⁾. Alsdann wurde ihm für seine Person gestattet, einen Hofgottesdienst mit Hofpredigern seiner Confession einzurichten⁴⁾; dagegen durfte er nichts an dem »publicum Exercitium religionis« oder den »leges

1) Majer: Geistliches Staatsrecht II S. 88. 143. 147.

2) I. P. O. VII § 1: »Salvis tamen semper Statuum, qui Protestantes nuncupantur, inter se et cum subditis suis conventis pactis, Privilegiis, reversalibus et dispositionibus aliis, quibus de Religione ejusque exercitio et inde dependentibus cujusque loci Statibus et subditis hucusque provisum est, salva itidem cujusque conscientiae libertate.«

3) Majer: Geistliches Staatsrecht II S. 82.

Pütter: Geist des Westfälischen Friedens S. 381.

Moser: Von der Landeshoheit im Geistlichen S. 232.

4) Majer: Geistliches Staatsrecht II S. 211.

»aut constitutiones Ecclesiasticae der im Lande bisher herrschenden protestantischen Kirche ändern, auch von deren Gütern seinen Glaubensgenossen nichts zuwenden. Um die Landeskirche ganz sicher zu stellen, wurde sogar den Gemeinden in solchem Falle das Recht zuerkannt, geeignete Personen für die Kirchen- und Schul-Aemter zu präsentiren oder, falls ihnen das Präsentationsrecht nicht zustand, doch wenigstens zu nominiren⁵⁾.

Die Präsentirten oder Nominirten sollten dann von dem Consistorium ihrer Religion, wenn ein solches im Lande vorhanden war, andernfalls an einem Orte, den die Gemeinde selbst wählen konnte, geprüft und ordinirt werden. Der Landesherr musste dann unweigerlich die Bestätigung ertheilen⁶⁾.

Während also die Ausübung des *ius reformandi* eines solchen Landesherrn gegenüber der bisher im Lande herrschenden Kirche beschränkt war, trat es deutlich hervor in der Befugniss desselben, einer Gemeinde, die zu seiner Religion übertrat, die Religionsübung auf ihre Kosten zu gestatten, ein Recht, welches dieser Gemeinde dann auch der Nachfolger jenes Landesherrn nicht wieder entziehen konnte⁷⁾. Aber alles dieses war nur gestattet »sine reliquorum« — nämlich der zur Landeskirche gehörigen Unterthanen — »praeiudicio«, und ganz besonders wurde bestimmt, dass die auf das Kirchen- oder Schul-Wesen bezüglichen Aemter nur mit solchen Personen besetzt werden dürften, die der Landesreligion zugethan seien⁸⁾.

⁵⁾ Pütter: Geist des Westfälischen Friedens S. 382.

⁶⁾ I. P. O. VII 1.

⁷⁾ I. P. O. VII 2: »Si vero aliqua communitas eveniente mutationis casu Domini sui religionem amplexa petierit suo sumptu exercitium, cui Princeps vel Dominus addictus est, liberum esto, sine reliquorum praeiudicio, ei illud indulgere a successoribus non auferendum.« Pütter: Geist des Westf. Friedens S. 383.

⁸⁾ I. P. O. VII 2. Majer: Geistliches Staatsrecht II S. 232.

§ 11. Der Begriff der Religionsfreiheit nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens.

Suchen wir nunmehr den Begriff der Religionsfreiheit, wie derselbe sich in der Zeit vom Augsburger Religionsfrieden bis zum Westfälischen Frieden entwickelt hat, und wie er sich aus den Bestimmungen des Westfälischen Friedens ergibt, festzustellen, so haben wir zu unterscheiden zwischen dem, was den weltlichen Reichsständen, dem, was den geistlichen Reichsständen, und dem, was den Unterthanen zugesichert wurde.

Die Religionsfreiheit bestand:

1. für die weltlichen Reichsstände, einschliesslich der Reichsunmittelbaren, in dem Recht, sich zu einer der recipirten Religionen zu bekennen, bez. zu einer solchen überzutreten, ohne Schmälerung der sonstigen Rechte;

2. für die geistlichen Reichsstände in demselben Rechte, doch so, dass der Uebertritt den Verlust des Beneficiums ipso iure mit sich brachte;

3. für die protestantischen Unterthanen unter einem gleichfalls protestantischen Landesherrn anderer Confession in der Gewissensfreiheit, d. h. dem Rechte einfacher Hausandacht bei ungeschmälerten bürgerlichen Rechten;

4. für die protestantischen bez. katholischen Unterthanen unter katholischen bez. protestantischen Landesherrn — wenn man hier überhaupt von Religionsfreiheit sprechen darf — sofern sie

a. in irgend einem Theile des Jahres 1624 das Recht der öffentlichen oder privaten Religionsübung gehabt hatten, in dem Recht auf Schutz in dieser Religionsübung, sofern sie

b. dieses Recht im Jahre 1624 nicht gehabt hatten, in der Gewissensfreiheit im katholischen Sinn, d. h. dem Rechte nicht zum Uebertritt zur Religion des Landesherrn ge-

zwungen zu werden, sondern auswandern zu dürfen; falls sie aber der Landesherr in seinem Lande dulden wollte, in der Gewissensfreiheit im protestantischen Sinn¹⁾, d. h. in dem Recht ungestörter Hausandacht bei ungeschmälerten bürgerlichen Rechten.

Hieraus ergibt sich, dass nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens nur bei den weltlichen Reichsunmittelbaren von einer wirklichen Religionsfreiheit, aber auch nur hinsichtlich der im Reiche anerkannten Religionen, die Rede sein kann.

¹⁾ Majer: Geistliches Staatsrecht II S. 88.



THESEN.

- I. Gegenüber der *condictio indebiti* haftet der Empfänger einer *indebite* gegebenen *species* nur für *dolus* und *culpa lata*.
 - II. Das Patronatrecht kann nach heutigem, gemeinem, katholischem Kirchenrecht nicht durch constitutive Ersitzung erworben werden.
 - III. Die Sanction der Reichsgesetze erfolgt durch den Bundesrath.
-

Mein Lebenslauf.

Ich, Hermann Wilhelm Ernst Fürstenau, bin am 19. September 1868 als Sohn des damaligen Gymnasiallehrers Eduard Fürstenau und seiner Ehefrau Lina geb. Soldan zu Marburg a. L. geboren und gehöre der evangelischen Confession an. In Folge der Versetzung meines Vaters kam ich Ostern 1873 nach Wiesbaden und von dort Michaelis 1876 nach Berlin. Hier besuchte ich vom 1. Juli 1877 ab das Königl. Wilhelms-Gymnasium, welches ich Michaelis 1885 mit dem Zeugnis der Reife verliess, um mich dem Studium der Rechtswissenschaft zu widmen.

Am 13. October 1885 wurde ich an der Universität Berlin immatriculirt und in der juristischen Facultät derselben inscribirt. Ich habe während meiner ganzen Studienzeit der hiesigen Universität angehört und bei folgenden Herrn Docenten Vorlesungen gehört: Proff. DD. Berner, Brunner, Curtius, Dernburg, Eck, v. Gneist, Goldschmidt, Hinschius, Hübler, Pernice, Wagner, Zeller. Allen diesen Herren spreche ich meinen wärmsten Dank aus.

Bei der am 3. August 1888 vollzogenen Preisvertheilung wurde mir für eine zur Bewerbung um den zweiten städtischen Preis bei der juristischen Facultät der Universität Berlin eingereichte Arbeit über das Thema »Begriff und Entwicklung der »Religionsfreiheit in Deutschland« der Preis zuerkannt.

Am 9. November 1888 habe ich die erste juristische Prüfung bestanden und bin am 17. November 1888 als Referendar vereidigt worden.

Am 28. Mai 1889 habe ich das Doctorexamen magna cum laude bestanden.







Fürstenau, Hermann

Begriff und Entwicklung der Religionsfreiheit in Deutschland

1889

J. publ.g. 240 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635532-4